

Internationales Institut
Libérale Politik Wien



Sozialwissenschaftliche
Schriftenreihe

Die neue Rolle Russlands im Osten der EU

Peter W. Schulze:

**Russische und europäische Energiepolitik
im Zeichen der globalen Krise**

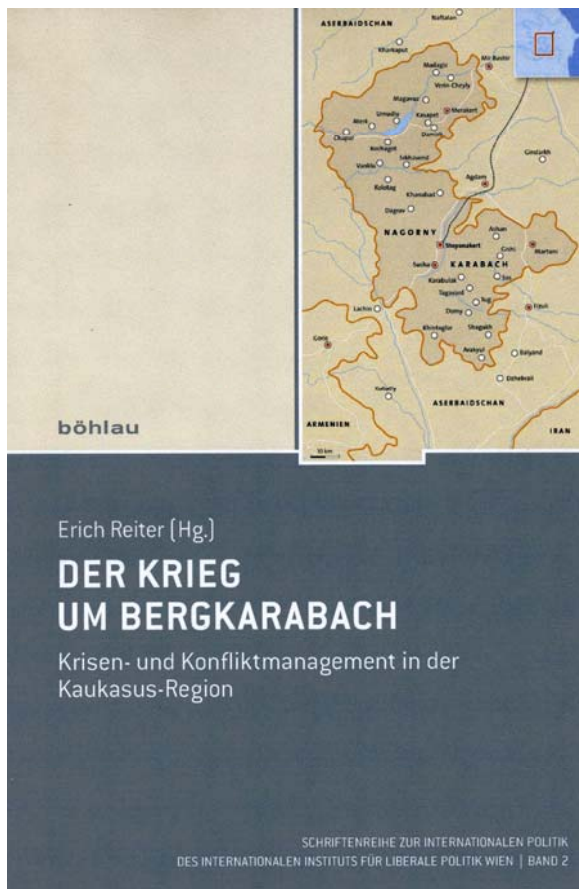
Andrej Zagorski:

Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?

**Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe
Reihe Studien**

Wien, Mai 2009

Buchvorstellung:



Mit dem Übergang Armeniens und Aserbaidschans in die Selbstständigkeit ab 1991 entbrannte ein dreijähriger Krieg um das zu Aserbaidschan gehörige autonome Gebiet Bergkarabach. Dieser Krieg brachte ein de facto unabhängiges Gebiet Bergkarabach sowie die Besetzung weiterer Landesteile Aserbaidschans. Der nach wie vor offene Konflikt um Bergkarabach wird gerne isoliert, d. h. ohne Bezug zu den Sezessionskonflikten in Georgien beurteilt. Doch es gibt, wie der kurze Krieg in Georgien im Sommer 2008 deutlich machte, einen politisch-strategischen Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen. Namhafte Experten befassen sich in diesem Band mit den Ursachen des Konflikts, den Interessen der großen Mächte im Kaukasus und mit den Perspektiven einer Konfliktlösung.

Erich Reiter, geb. 1944,

Berufstätigkeit u. a. im Bundeskanzleramt, Außenministerium, Wissenschaftsministerium, zuletzt Sektionschef im Verteidigungsministerium, Beauftragter für strategische Studien.

Honorarprofessor für Internationale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen an der Universität Graz. Langjähriger Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institut für politische Soziologie. Herausgeber mehrerer Buch- und Schriftenreihen sowie Autor zahlreicher politikwissenschaftlicher Publikationen.

Band 2

Der Krieg um Bergkarabach, Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasus-Region

Herausgegeben von: Erich Reiter; 2009, 281 S., 23.5 x 15.5 cm, Br., Preis: € 35.00

ISBN 978-3-205-78404-3

Mit Beiträgen von Meliha Benli Altunisik, Aser Babajew, Uwe Halbach, Egbert Jahn, Eugene Kogan, Helge Lerider, Aschot L. Manutscharjan, Erich Reiter, Peter W. Schulze, Oktay F. Tanrisever, Andrei V. Zagorski

<http://www.boehrlau.at/978-3-205-78404-3.html>

Band 1

Die Sezessionskonflikte in Georgien

Herausgegeben von: Erich Reiter; 2009, 329 S., 23.5 x 15.5 cm, Br., Preis: € 39.00

ISBN 978-3-205-78325-1

mit Beiträgen von: Klaus Becher, Gustav C. Gressel, Egbert Jahn, Jörg Himmelreich, Iris Kempe, Eugene Kogan, Aschot Manutscharjan, Jürgen Schmidt, Peter Schmidt, Peter W. Schulze, Andrei Zagorski

<http://www.boehrlau.at/978-3-205-78325-1.html>

Bestelladresse:

BÖHLAU VERLAG, Wiesingerstrasse 1, 1010 WIEN

Tel.: +43 (0) 1 330 24 27-0 Fax +43 (0) 1 330 24 32-77

BOEHLAU@BOEHLAU.AT

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Die neue Rolle Russlands im Osten der EU

Peter W. Schulze
Andrei Zagorski



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

REIHE STUDIEN

WIEN, MAI 2009

Peter W. Schulze

Professor Dr.; geb. 1942; Abitur 1963; Wehrdienst von 1963 bis 1965; Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte an der FU Berlin/FUB, London School of Economics and Political Science/LSE, London/UK und der Stanford University, CAL/USA von 1965 bis 1969; Diplom in Politische Wissenschaften 1970 an der FUB; Promotion (1974) und Habilitation (1984) an der FU Berlin; Lehrtätigkeit an der FU Berlin, an amerikanischen Colleges in Berlin und der UC Berkeley von 1970 bis 1987; langjährige Tätigkeiten als Leiter von Außenbüros des Forschungsinstitutes der Friedrich Ebert Stiftung in Berkeley, London und Moskau; derzeit Dozent für Vergleichende Lehre und Internationale Politik am Seminar für Politikwissenschaft der Georg August Universität Göttingen.

Zahlreiche Publikationen zur Außen- und Innenpolitik der Sowjetunion, zum Kalten Krieg, zur Transformation von Gesellschaften und zur Entwicklung des postsowjetischen Neuen Russlands.

Andrei V. Zagorski

Professor Dr.; geb. 1959 in Moskau, Leitender Wissenschaftler am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO-Universität) e-mail: zagorski@iair.ru

1992–2000 Vize-Rektor der MGIMO-Universität, zuständig für Forschung und externe Beziehungen, 2000–2001 Senior Vice-President; Project Director, EastWest Institute (Prager Büro), 2002 Faculty Member, Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, 2002–2003 stv. Direktor des Instituts für angewandte internationale Studien, Moskau, 2004–2005 stv. Leiter der Außenstelle Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2005 leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter und Professor, MGIMO-Universität.

Andere (zeitweilige) Funktionen: Experte sowjetischer Delegationen bei einer Reihe der KSZE-Treffen, Vorsitzender der Vereinigung für Nonproliferation, Moskau, Mitglied der unabhängigen Gruppe über das Modell der europäischen Sicherheit unter der Schirmherrschaft von SIPRI, Mitglied der Internationalen Task Force über die Zukunft der OSZE unter der Schirmherrschaft des Zentrums für OSZE-Forschung, IFSH, Hamburg, Mitglied des IISS, Mitglied des internationalen Beirats des Genfer Zentrums für demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Vize-Präsident, Russische Vereinigung für euro-atlantische Kooperation, Mitglied des Kuratoriums, PIR-Zentrum (Politische Studien in Russland), Moskau, Mitglied der Editorial Boards: OSZE Jahrbuch (Hamburg), Helsinki Monitor (the Hague), "Perspectives" (Prague), Bulletin der europäischen Sicherheit (Moskau)

Über 200 Publikationen über die Außenpolitik Russlands, europäische Sicherheit, postsowjetische Entwicklungen, Rüstungskontrolle.

Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepli, Chefredaktor, St. Gallen

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heimo Hofmeister, Universität Heidelberg

Prof. Dr. Bo Hultdt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim
und Universität Heidelberg

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale
Beziehungen

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Die neue Rolle Russlands im Osten der EU

Peter W. Schulze

Russische und europäische Energiepolitik
im Zeichen der globalen Krise

2

Andrei V. Zagorski

Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?

29

Bisher erschienen

35

Die Autoren dieses Heftes

43



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1030 Wien, Custozzagasse 8/2

Wien, Mai 2009

Gesamtherstellung: IILP

ISBN 978-3-902595-29-4

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung
1983 gegründet und 1988 eingestellt.

Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

Russische und europäische Energiepolitik im Zeichen der globalen Krise

Russisch-europäische Energiepolitik im Kontext globaler Trends: Einleitende Thesen¹

Die Energiefrage ist nur ein, zugegeben essentieller, Faktor der Kräfteverschiebungen die sich im Rahmen und ausgelöst durch Globalisierungsprozesse im internationale Staatensystem² und in der Weltwirtschaft in den letzten Dekaden ergeben haben. Das Aufkommen neuer Wachstumsregionen in der Weltwirtschaft, der Übergang von Entwicklungsländern zu industriellen Schwellenländern und deren industriell-technologische Diversifizierung machen letztere zu Konkurrenten der alten OECD Länder, etwa die USA, die Europäische Union, aber auch Japan und Südkorea.

Die damit verbundenen ökonomischen Folgen, jetzt sichtbar in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, gerieten teilweise außer Betracht und wurden politisch-populistisch mit Konfliktgegebenheiten im europäischen Kontext vordergründig überspielt. Diese oberflächliche Sichtweise hat die Debatte um Energiesicherheit besonders in den EU-Ländern angeheizt und gezielt die Energiebeziehungen zwischen der EU und Russland ins Visier genommen. Die europäisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen wurden einseitig medial auf die Energiefrage reduziert und hochgradig politisiert.

Zweifelsohne, die Beziehungen der EU zu Russland sind alles andere als ungetrübt. Galt seit der Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens aus dem Jahre 1994, das erst 1997 ratifiziert wurde und bereits 2007 auslief, ohne dass es gelang, ein Fortführungsabkommen auszuhandeln, immer die Dominanz der EU in den „bilateralen“ Beziehungen zu Russland, so änderte sich das mit der aufkeimenden Einsicht, von den Gaslieferungen aus Russland angesichts zunehmender Konkurrenz auf den internationalen Märkten immer abhängiger zu werden. Die Dominanzstruktur aus den 1990er Jahren drohte sich umzukehren. Folglich wurde dagegen eine hitzige Debatte um Energie- und Versorgungssicherheit entfacht, in der Forderungen nach Diversifizierung als Allheilmittel gegen zunehmende Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland wie Kampfbegriffe verwendet wurden.

Ein Blick auf globale Energiere Trends soll hingegen dazu beitragen, diese Diskussion zu versachlichen.

1. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat einen Trend verstärkt, der bereits in der vorangehenden Phase von hohen Energiepreisen sichtbar wurde: Die Nachfrage nach Energie ist rückläufig, so dass Prognosen für den Energieverbrauch bis 2030 (wahrscheinlich geringfügig) nach unten korrigiert werden müssen. Dennoch sind die seit Jahren zu beobachtenden Trends durch den wirtschaftlichen Abschwung nicht gebremst, allenfalls verlangsamt worden. Auf Basis der von der IEA (International Energy Agency) entwickelten Prognose würde das bedeuten, dass sich die globale Nachfrage zwischen 2006 und 2030 um ca. 45% erhöhen, also jährlich um ca. 1,6% zunehmen wird. Denn die Energieeinsparungen in den OECD-Ländern werden durch Steigerungen in den nicht-OECD-Ländern übertroffen.
2. Noch 2030 werden fossile Brennstoffe ca. 80% des Energiemixes ausmachen. Dessen Zusammensetzung wird also nur geringfügig anders sein als heute. Mit anderen Worten: Öl bleibt dominant, der Verbrauch an Kohle nimmt jedoch stärker zu, aber am stärksten wachsen erneuerbare Energien. Der Gasverbrauch wird in diesem Mix nur marginal ansteigen.
3. China und Indien haben einen Anteil von mehr als 50% an der Nachfrage nach Energie bis 2030. Besonders bemerkenswert ist der Zuwachs in China. Insgesamt kommt 87% der Energienachfrage jedoch aus Nicht-OECD-Ländern. Die Zuwächse bei der Energieproduktion liegen hingegen ausschließlich in Nicht-OECD-Ländern. Damit verstärkt sich die Abhängigkeit der OECD-Länder bei Energieimporten weiter und zusätzlich zur Konkurrenz zwischen den OECD-Ländern kommt als neuer Faktor die Rivalität um den Zugang zu Energiequellen aus Nicht-OECD-Ländern hinzu. Das kann zu Interdependenzen und neuen Formen der

arbeitsteiligen Kooperation führen, aber auch zu Konflikten zwischen den Konsumenten und zu Problemen bei der Belieferung, falls

Transitländer ihre geographische Lage ausspielen und mit der Unterbrechung oder Verzögerung von Energiedurchleitungen drohen.

Die wichtigsten erdölfördernden Länder

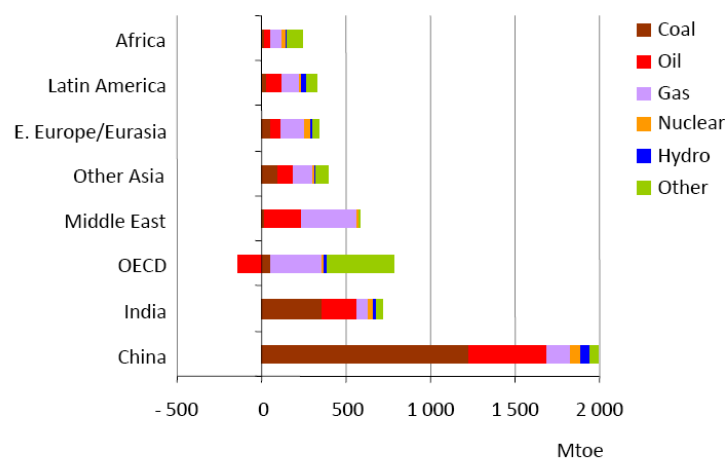
Rang	Land	Rohölförderung in Tsd. Barrel/Tag (2006)
1.	Saudi-Arabien	10.859
2.	Russland	9.769
3.	USA	6.871
4.	Iran	4.343
5.	China	3.684
6.	Mexiko	3.683
7.	Kanada	3.147
8.	Vereinigte Arabische Emirate	2.969
9.	Venezuela	2.824
10.	Norwegen	2.778
11.	Kuwait	2.704
12.	Nigeria	2.460
13.	Algerien	2.005
14.	Irak	1.999
15.	Libyen	1.835
16.	Brasilien	1.806
17.	Großbritannien	1.636
18.	Kasachstan	1.426

Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2007, www.bp.com/statisticalreview

4. Die Hauptmenge der Ölproduktion, ca. 51%, wird bis 2030 weiterhin aus OPEC-Ländern kommen. Die Förderung aus Nicht-OPEC-Ländern hat heute schon ein Plateau erreicht, wobei weitere Steigerungen kaum noch möglich sind. Im Gegenteil, die Förderung aus Nicht-OPEC-Ländern wird bis 2030 absinken. Das trifft vor allem russische Quellen

und einige GUS-Länder wie Aserbaidshan. Die Förderung aus Aserbaidshan wird bereits ab 2012 abnehmen. Zudem wird die Erschließung und Förderung neuer Quellen gewaltige Investitionen verlangen, um die Balance zwischen versiegenden Ölquellen und neuen Förderungen zu halten.

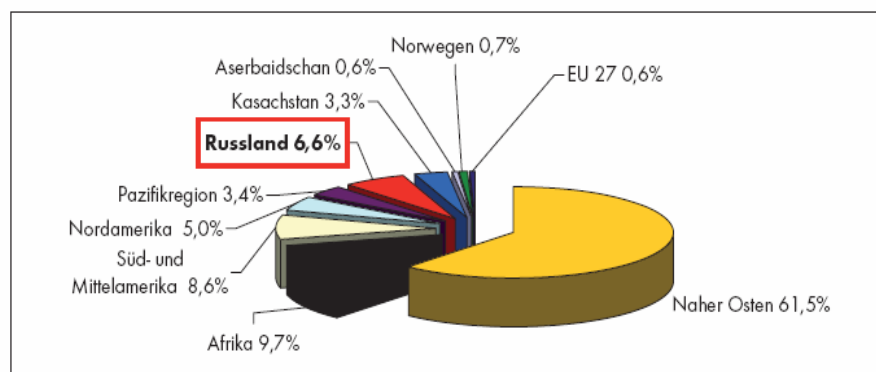
Primärenergiezuwachs, Szenarium 2006-2030



Quelle: World Energy Outlook 2008, Key Graphs

5. Beim Verbrauch von Erdöl ist in Europa eine gewisse Sättigung eingetreten. Die Nachfrage wird sich in den kommenden zwei Dekaden nur noch mäßig erhöhen. Dennoch besteht ein Importbedarf, weil die europäische Ölproduktion in den nächsten 15 bis 20 Jahren nahezu gänzlich zum Erliegen kommen wird. Dessen ungeachtet, resultiert daraus keine Abhängigkeit von russischen Lieferungen, weil auf andere Bezugsregionen und auf mannigfache Transportmöglichkeiten zurückgegriffen werden kann. Neue Bezugsquellen Europas liegen u.a. im Kaspischen Raum. Hier wird über die Baku-Tbilissi-Ceyhan-Pipeline/BTC bereits aserbaidjanisches Öl an Russland vorbei in die Türkei gepumpt und von dort verschifft. Anders als Gas kann Öl ohne neuen technologischen Aufwand einfach verschifft und auf der Schiene oder dem LKW transportiert werden. Und nahezu alle europäischen Länder begannen nach den beiden Ölpreisschocks der 1970er Jahre, ihre Bezugsquellen zu diversifizieren. Russlands Anteil an den europäischen Ölimporten wird von ca. 50% auf ca. 30% bis 2030 zurückgehen. Insgesamt wird sich der Anteil russischen Öls am europäischen Energiemix bei ca. 30% halten. Weil Europa sich in einer günstigen Marktposition befindet, werden sich russische Ölexporte diesen Gegebenheiten anpassen und eher auf Belieferung der asiatischen und amerikanischen Märkte in Zukunft abstellen. Dafür benötigte Pipelines sind im Bau.
6. In den nächsten Dekaden werden die europäischen Öl- und Gasressourcen sukzessive zu sprudeln aufhören. Britisches Nordseeöl wird schon bald und norwegisches Öl wird in knapp 20 Jahren nicht mehr verfügbar sein. Hingegen bleibt norwegisches Gas noch länger verfügbar, etwa bis zum Ende des Jahrhunderts. Die Abhängigkeit der Europäischen Union und der deutschen Wirtschaft von Energieimporten aus Weltregionen, die von politischen Ordnungen bestimmt werden, die sich kaum an den Prinzipien des *acquis communautaire* orientieren, wird wachsen. Die Anfälligkeit von Energieexporten auf langen Transportrouten durch kriminelle und terroristische Angriff wird zunehmen. Angriffe auf Pipelines oder auch auf Schiffe, sowohl Öltanker als auch solche, die Flüssiggas/LNG transportieren, könnten sich häufen.
7. Mit der Konzentration auf wenige, ressourcenreiche Regionen, die oftmals noch durch innere Konflikte destabilisiert sind oder sich in Spannungsräumen befinden, die jederzeit durch Unruhen, Terror, Kriege oder externe Militärinterventionen erschüttert werden können, rückt die landläufige Forderung nach Diversifizierung in den Bereich des politischen Populismus. Gleichzeitig steigt aber der Druck auf Importländer die Energiefrage als prioritäres Ziel in den Katalog einer erweiterten Sicherheitsagenda aufzunehmen und wenigstens in den OECD-Ländern ein höheres Maß an Kooperation und Geschlossenheit zur Abwehr von Gefahren einzuleiten. Dies macht letztlich auch die Kooperation mit Förder- und Transitländern im europäischen Kontext zwingend.

Grafik 1: Verteilung der weltweiten Erdölreserven (proven reserves, Jahresende 2006)



Quelle: Russlandanalysen, 139/2007

8. Schließlich wird die Förderung und Sicherstellung der Energieproduktion wie der Bau von Transportinfrastrukturen gewaltige Summen an Kapital verschlingen. Die IEA rechnet mit ca. 26,3 Billionen US Dollar. Dabei wird die fragile Balance zwischen versiegenden Quellen, der Bereitstellung von Investitionen zur Erschließung neuer Förderressourcen wie der technologischen Verbesserung von Förderkapazitäten bestimmend für die Energieversorgung sein. In diesem Kontext taucht als unbekannter Faktor die gegenwärtige Welt-

wirtschafts- und Finanzkrise auf. Ihre Dauer und Tiefe könnte ausschlaggebend dafür sein, ob die Sicherheit der Versorgung gewährleistet werden kann. Hält sie lange an und sinken die Energiepreise auf ein ähnliches Tief wie in den Dekaden der 80er und 90er Jahre des letzten Jahrhunderts, so könnte das schwerwiegende Folgen für die Bereitstellung von Investitionskapital haben und den Bau von Pipelines und die Erschließung bzw. Ausbeutung von Lagerstätten verzögern. In diesem Kontext sind die Projekte Nabucco³ und South Stream gefährdet, aber auch die Erschließung von Gaslagerstätten in der russischen Eismeerregion. Die Erläuterungen des Gazpromchefs *Aleksei Miller* zur Strategie von Gazprom aus dem Jahr 2006 beinhalten zwar klare Zielangaben, haben aber, projiziert auf die Zukunft angesichts der derzeitigen Weltwirtschaftskrise, eine besorgniserregende Qualität: „*So Gazprom prepares its gas balance basis for the future and the gas production plans in accordance with the needs of only those partners who had concluded respective long-term contracts already today. The gas will not be produced until it is sold*“⁴.

Im Kern sprach *Miller* zwei Ziele an, die seither zu Prinzipien der russischen Energieexportpolitik im

Gasbereich wurden. Erstens wird Gas nur dann gefördert, falls Gazprom die Investitionen selbst aufbringen kann oder diese durch ein internationales Konsortium bereitgestellt werden. Und zweitens bedarf es dazu langfristiger Abnahmeverträge mit bewährten Partnern. Das unterscheidet den Gasmarkt fundamental vom Ölsektor. Der Ölsektor ist erheblich stärker diversifiziert, steht unter der Regie privater Großkonzerne und verfügt über wesentlich leichtere und multiple Transportmöglichkeiten. Nicht zuletzt wird die Preisgestaltung für Öl auf Spotmärkten ausgehandelt: Öl ist börsennotiert. Dadurch unterliegt die Ware Öl einer völlig anderen Preisgestaltung: Sie muss schnell auf die Schwankungen von Angebot und Nachfrage reagieren und folgt nicht wie im Gassektor den Ölpreisen mit einer zeitlichen Verzögerung von ca. neun Monaten. Die Dominanz politischer Eingriffe und Kontrollen ist im internationalen Gasgeschäft wesentlich schärfer ausgeprägt als auf dem Ölsektor. Damit ist auch schon ein Grund genannt, warum der russische Staat den Ölsektor, bis auf Rosneft, relativ unbehelligt ließ. Rosneft schließlich ist aus der Konkursmasse des Oligarchen *Chodorkowski* und des vor Jahren zerschlagenen Jukos-Konzerns hervorgegangen.

Vorhersehbare Konfliktpotentiale in Europa und Folgen des ukrainisch-russischen Gaskonfliktes

Im Folgenden soll insbesondere auf die Problematik der Gasversorgung Europas abgestellt werden, denn sowohl die Ölversorgung der Europäischen Union als auch die Belieferung mit Uran ist wesentlich unkomplizierter. Bei beiden Energieträgern besteht nur eine geringfügige Abhängigkeit von Förderländern, obwohl sich im Ölsektor ein Kartell, OPEC, herausgebildet hat. Die Interessen der OPEC-Länder sind aber zu divergent, als dass sich ähnliche Szenarien wie in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wiederholen könnten. Neben Kasachstan fungiert Australien als wichtigstes Förderland für Uran.

Die Kräfteverschiebungen in der Weltwirtschaft, aber auch die Abhängigkeiten der Europäischen Union von Erdgaslieferungen sind der Öffentlichkeit erstmals quasi durch die Hintertür des Konfliktes zwischen der Ukraine und Russland über die Erhöhung der Gaspreise im Winter 2005/06 bewusst gemacht worden. Zuvor wurde eine kurze Krise mit russischen Gaslieferungen über Belarus hingegen kaum bemerkt. Betroffen

war die Versorgung der russischen Exklave Kaliningrad.

Die russisch-ukrainischen Auseinandersetzungen hatten jedoch Rückwirkungen auf die Politik und öffentliche Wahrnehmung in den Ländern der Europäischen Union. Seither geht das Gespenst einer drohenden Versorgungskrise um, dass Europas Versorgung mit Energie nicht mehr sicher ist. Und Auguren wie Medien werden nicht müde immer wieder die drohende Abhängigkeit von russischen Lieferungen als Gefahr zu brandmarken, weil Gas als „strategische Waffe“ eingesetzt werden könnte und somit Europa erpressbar würde.

Seither begleitet uns dieser Konflikt. Die Ukraine, als wichtigstes Durchleitungs- oder Transitland, über dessen Territorium ca. 80% der russischen Gasexporte fließen, spielte jeweils ihre Machtposition im Preis poker um die Tarife für eigene Gasimporte und für die Durchleitung des russischen Gases immer wieder voll und ohne Rücksicht auf die westeuropäischen Endverbraucher aus.

Solange der russische Staat, wie in den 1990er Jahren schwach und ohne Gestaltungs- bzw. Durchsetzungsmöglichkeiten war, fiel dies nicht weiter ins Gewicht. Die Entnahmen aus den Pipelines wurden wahrscheinlich mit Duldung der damaligen *Jelzin-Administration* getätigt, um erstens die eigene Klientel der Oligarchen zu schmieren und zweites die ebenso korrupte ukrainische Präsidentschaftsverwaltung unter *Kutschma* davon abzuhalten, einen radikalen Westkurs einzuschlagen. Die niedrigen Energiepreise dieser Zeit, faktisch galten im gesamten GUS-Bereich russische Binnenpreise, waren das wichtigste Instrument des Kremls, mittels Preissubventionen diese Länder noch locker an Moskau zu binden.

Die Situation änderte sich erst mit der Restitution staatlicher Autorität ab 2000 und dem beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung, der bis 2008 anhielt. Die Subventionierung der GUS-Staaten mit Vorzugspreisen für Energielieferungen wurde ab 2005 abrupt, trotz heftiger Konflikte, ausgesetzt. Zwar gelten für Belarus und Armenien abgestufte Anpassungen, aber in wenigen Jahren werden alle GUS-Länder russische Energie nur noch zu Weltmarktpreisen beziehen.

Trotzdem waren die Energiebeziehungen zwischen Russland und der Ukraine sehr spezifisch. Dabei ist es zunächst unerheblich welche halb-kriminellen und/oder oligarchischen Gruppen gemeinsam mit korrupten Staatsbeamten aus der Präsidentschaftsverwaltung oder der Regierung ihre Profite abschöpften und in den immer schärfer werdenden Auseinandersetzungen seit 2005 involviert waren und sind. Gleiches gilt im Übrigen auch für die russische Seite.

Der jüngste Konflikt von 2009 war absehbar, kam aber dennoch als Schock und schuf einen Meilenstein in den russisch-europäischen Energiebeziehungen. Wie bereits erwähnt, hatte Moskau in den Beziehungen zu den GUS-Staaten sukzessive ab 2005 die Subventionspolitik aufgegeben und ihre Anhebung auf Weltmarktniveau verlangt. Diese Politik wurde nach den Erfahrungen mit der Ukraine, die zusätzlich noch mit dem Trauma der „oranen Revolution“ überhöht waren, auch unerbittlich gegen Kiew verfolgt. So kam es in steter Regelmäßigkeit, Jahr für Jahr, zu Konflikten um Gaspreise, Tarifgebühren und Lieferungen zwischen Kiew und Moskau.

Daran änderte auch der Rückgang der Energiepreise auf breiter Front als Folge der globalen Rezession wenig. Im Gegenteil, die katastrophalen Auswirkungen der globalen Krise auf beide Länder ließen den Konflikt eskalieren, der

schließlich in einen zeitweiligen Lieferstopp von Gas mündete. Mitgliedsstaaten der EU, vor allem in Südosteuropa, waren betroffen.

Im Zuge der Konfliktlösung wurden Fragen der europäischen Energiesicherheit drängender als zuvor gestellt und die Suche nach Diversifizierungsmöglichkeiten intensiviert.

Aber dieser Konflikt signalisierte auch Handlungsbedarf jenseits blumiger Deklarationen zur globalen Energiesicherheit wie sie beispielsweise noch beim G-8 Gipfel 2006 in St. Petersburg getroffen wurden.

In der damaligen Abschlusserklärung der G-8, dem **St. Petersburg Plan of Action Global Energy Security** wurden klare Ziele benannt⁵:

„...We reaffirm our commitment to implement and build upon the agreements related to energy reached at previous G8 summits. We will enhance global energy security through actions in the following key areas:

- o increasing transparency, predictability and stability of global energy markets;*
- o improving the investment climate in the energy sector;*
- o enhancing energy efficiency and energy saving;*
- o diversifying energy mix;*
- o ensuring physical security of critical energy infrastructure;*
- o reducing energy poverty;*
- o addressing climate change and sustainable development.”*

Aber wenig von dem ist umgesetzt worden. Zynisch könnte man hinzufügen, dass im Konfliktfall keine Mechanismen versagen konnten, weil ja auch keine Instrumente zur Verfügung standen und die existierenden Organisationen nicht in der Lage sind, mit solchen Konflikten umzugehen.

Dieser Konflikt, wie schon ein vorhergehender, aber völlig anders gelagerter, nämlich der georgisch-russische Krieg über Südossetien vom August 2008, haben eindrucksvoll vor Augen geführt, dass es in Europa derzeit weder zur Konfliktprävention noch zur Konfliktlösung wirkungsvolle Institutionen und Instrumente gibt. Die bestehenden Organisationen wie NATO, OSZE, Europarat oder auch die Europäische Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union/ENP waren und sind nicht in der Lage, diese Aufgaben zu übernehmen. Auch die von der Europäischen Union nun auf Drängen von Polen und Schweden jüngst beschlossene „Östliche Partnerschaft“ kann solche Aufgaben nicht schultern: Russland fehlt in diesem

Kontext. Im spezifischen Fall des georgisch-russischen Krieges wurde zudem noch die einzig verfügbare Verbindungsinstanz gekappt, die geeignet wäre in solchen Notlagen zu agieren: Die Arbeit des NATO-Russland-Rates wurde zur „Bestrafung“ ausgesetzt.

Daher wäre es auch im Interesse der EU auf die Anregungen, konkrete Vorschläge liegen ja noch nicht auf dem Tisch, des russischen Präsidenten Medwedew einzugehen, gemeinsam Szenarien von zukünftigen Bedrohungen zu prüfen und Vorkehrungen zu schaffen, wie diesen am besten begegnet werden kann. Die Versorgungssicherheit und der ungestörte Transport bzw. die Durchleitung von Energie stehen dabei an oberster Stelle. Auch Moskau hat sich zur „erweiterten Sicherheitsagenda“ durchgerungen, die Energiefragen einschließt, aber groteskerweise springt die EU nicht auf diesen Zug und forciert den gemeinsamen Sicherheitsdialog mit Moskau.

Es ist durchaus denkbar, dass dazu Institutionen und Foren neu eingerichtet, zusammengebracht oder aufgewertet werden müssen. Allerdings setzt ein solches Vorgehen voraus, dass in der EU eine vorherige Definition und Klärung der eigenen Interessen stattfindet, dass Europa seine Interessen definiert.

Zwar kann in diesem Kontext auf mögliche politische und vor allem wirtschaftliche Folgen des ukrainisch-russischen Energiekonfliktes nicht erschöpfend eingegangen werden, dass diese jedoch auch die europäischen Bemühungen um Energiesicherheit tangieren, scheint unabweisbar. Folgende Nachwehen für die europäisch-russischen Energiebeziehungen sind demzufolge vorhersehbar.

Erstens wird den getroffenen Vereinbarungen zwischen der ukrainischen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und dem russischen Premierminister Wladimir Putin vom Februar 2009, die eine langfristige, zehnjährige Gültigkeit haben sollen, kaum Vertrauen entgegengebracht. Denn faktisch ist die Ukraine derzeit ohne politische Führung. Die Auseinandersetzungen im Vorlauf zu den Präsidentschaftswahlen 2009 haben die ukrainische Politik polarisiert: Jeder Erfolg der einen Seite wird durch Gegenmaßnahmen der anderen Machtgruppe eingedämmt oder zunichte gemacht. Realiter ist die politische Führung aufgrund ihrer Zerrissenheit nicht in der Lage auf die immensen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu reagieren, die mit der Weltwirtschaftskrise über die Ukraine hereingebrochen sind. Es geht dabei nicht mehr um

die Frage des ukrainischen Beitritts zur NATO, sondern um das Überleben des Landes als souveräner Staat. Daraus müsste eigentlich folgen, dass sich innerhalb der EU, auch und besonders unter den mitteleuropäischen Ländern, die sich ja zu Paten der Ukraine aufgeschwungen haben, pragmatische Interessen stärker gegen überkommene Feind- und Abwehrbilder durchsetzen könnten. Träte das ein, könnte daraus ein Auftakt für ein weniger gespanntes Verhältnis zu Moskau erwachsen. Aber bislang dominieren noch Ausgrenzungsstrategien.

Zweitens bröckelt die weitläufig in den Medien herumgereichte These, Russland hätte Energie als „economic or political weapon“⁶ gegen europäische Länder eingesetzt. Dagegen überzeugt eher die sachliche Beurteilung des Konfliktes durch Pirani, Stern und Yafimava in einer Studie des Oxford Institute for Energy Studies⁷. Ihrer Meinung nach sind die energiepolitischen und wirtschaftlichen Interdependenzen zwischen Russland und der Europäischen Union so intensiv und nachhaltig, dass sie eine solche Politik verbieten. Wir teilen diese Auffassung. Die russische Außenpolitik mag hinsichtlich vieler Felder nicht als rational und berechenbar gelten, aber wenn es um die Überlebensinteressen des Landes geht, so spielen andere als bloß subjektive Faktoren eine bedeutendere Rolle im Entscheidungsprozess. Dennoch war der Lieferstopp, der sich ausschließlich gegen die Ukraine richten sollte, aber die südosteuropäischen EU-Länder traf, ein kommerziell und politisch falsches Signal, das eine weitere Delle im außenpolitischen Ansehen Russlands hinterließ und die Verlässlichkeit des Landes als Europas wichtigster Energielieferant erneut beschädigte.⁸ Gleiches gilt für die Ukraine, deren Verlässlichkeit als Transitland verloren ging. Selbst wenn Kiew auf Westkurs bleibt, wird sich diese Beurteilung abträglich auf die Verhandlungsposition der Ukraine gegenüber NATO und EU zukünftig auswirken.

Drittens zeigte die Krise, dass weder die Europäische Union mit ihrem Transit Protokoll, noch die von der Ukraine ratifizierte Energiecharta, den Konflikt haben eindämmen oder gar lösen können. Es war eher eine seltsame und beispielslose Allianz aus europäischen und russischen wie ukrainischen Energiekonzernen⁹, die erheblich dazu beitrug, dass sich beide Regierungen letztlich verständigten, obwohl bis zuletzt – und sogar noch nach der Unterzeichnung des Abkommens – der ukrainische Präsident *Juschtschenko* versuchte, die Einigung zu hintertreiben. Diese Erfahrung müsste eigentlich das Brüsseler Beharren auf der Europäischen

Energiecharta aufweichen und zu einem für Europa angepassten Dokument überleiten, in dem die Interessen beider Seiten, nämlich die des Förderlandes Russland wie die der europäischen Endverbraucher geregelt werden. Gemeinsame Maßnahmen für den reibungslosen Durchlauf von Energie wären hier wünschenswert und auch vereinbar. Wozu sonst sollte das neue Projektkind der EU, die „östliche Partnerschaft“ taugen?¹⁰

Viertens steht nun für die russische Politik eindeutig fest, und daran wird wohl auch kaum ein möglicher Wechsel im Präsidentenamt Kiews etwas ändern können, dass all jene Durchleitungsprojekte für Gas vorangetrieben werden müssen, die die Abhängigkeit vom Transitland Ukraine verringern. Das betrifft vor allem die Projekte *Nord Stream* und die *South Stream Pipeline*. Werden beide Pipelines gegen 2015 operativ, so wird die Durchleitung über ukrainisches Territorium um jeweils 20% reduziert. Im Endeffekt würde dies eine Halbierung der russischen Energietransporte um ca. 50% bedeuten.

Fünftens bleibt trotz aller derzeitigen Transitprobleme, die sich erst mit der Fertigstellung von Nord Stream abschwächen werden, für die russische Energiepolitik Europa der wichtigste Absatzmarkt. Dies, obwohl es politisch um die europäisch-russischen Beziehungen nicht zum Besten steht. Eine rasche Umorientierung der russischen Gaslieferungen in Richtung China und zum pazifischen Raum ist in der nächsten Dekade nicht zu befürchten, obwohl der Bau einer Gaspipeline nach China vorangetrieben wird. Die Option bleibt dem Kreml dennoch langfristig. Aber auch hier hat das Transitproblem seine Spuren hinterlassen. Die Routenführung einer Gastrasse von Sibirien über den Altai nach China spart Kasachstan als Transitland aus, obwohl diese Trassenführung erheblich

kostengünstiger wäre und es kaum nennenswerte Reibungen zwischen beiden Staaten gab.

Die aktuellen Konflikte haben die strukturellen Probleme der Energiesicherheit nur übertüncht, nicht aber behoben. Wenigstens drei Problemlagen bleiben für den Zeitrahmen der Prognose bis 2030 bestehen:

Denn trotz des krisenbedingten Preisrückgangs sind die Zeiten preisgünstiger Importe von fossilen Energien, also Öl und Gas, wie sie seit den 1980er Jahren nahezu zwei Dekaden lang vorherrschten, endgültig vorbei. Die Teuerungsraten vor der globalen Wirtschaftskrise waren weder ein temporäres noch ein konjunkturelles Phänomen. Der Preisauftrieb bei Primärenergien war strukturell durch Faktoren bedingt, die auch in der Krise weiter wirken und sich erneut in voller Wucht zeigen werden, wenn der wirtschaftliche Aufschwung in den pazifischen Wachstumsregionen wieder einsetzt. Denn weder sind die Knappheit und die hohen Förderungskosten für Energieressourcen rückläufig, noch wird mit beginnendem Wirtschaftsaufschwung die Nachfrage sinken. Die Prognose der IEA deckt sich in diesem Punkt mit der anderer Beobachter. Verschärfte Konkurrenz zwischen den Wachstumsregionen in der globalen Wirtschaft wird ein bleibendes Phänomen werden. Gleichzeitig ist fraglich, ob die Chancen zu Energieeinsparungen oder der Übergang zu erneuerbaren Energien überall, d.h. auch in den Schwellenländern genutzt werden. Die Kluft zwischen den OECD-Ländern, und selbst innerhalb dieser Staatengruppe, die erfolgreich technologische Modernisierung zur Energieeinsparung betreiben und jenen Ländern, die gerade die Schwelle unterster Fertigung als Industrieland überschritten haben, wird sich vergrößern und neue Konflikte nach sich ziehen.

Energieexporte als Faktor russischer Geopolitik

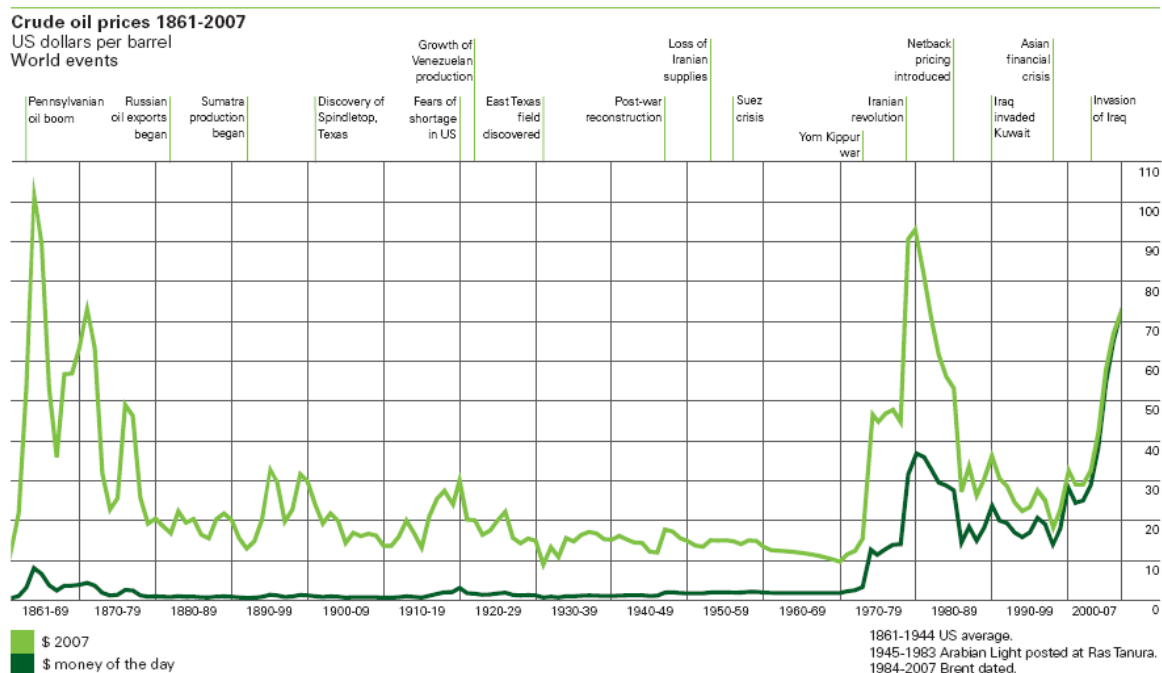
Russland hat die zurückliegenden acht Jahre genutzt. Weil Politik, Macht und Energie nahezu immer in die gleiche Richtung fließen, schwamm der Kreml auf einer Welle hoher Energiepreise wieder zu neuer Weltgeltung. Die Rückflüsse aus den Exporterlösen machten das Land zum drittgrößten Hort für Kapitalrücklagen nach China und Japan. Russland wurde trotz oder wegen des zentralistisch-autoritären Kurses seiner Politik zum umworbenen Anlageplatz für Investitionen und aufgrund der stetig steigenden Binnennachfrage nach Konsumgütern zum begehrten Handelspartner und Absatzmarkt.

Der bereits erwähnte NIC-Report von November 2008 geht davon aus, dass Schwankungen in der Nachfrage nach Öl und dadurch bedingte Preisschwankungen sich nur temporär abträglich auf Förderländer wie Russland auswirken würden. Grundlage dieser Annahme ist ein Referenzpreis für Öl von etwa 100 USD pro Barrel, der bis 2025 für wahrscheinlich gehalten wird. Ausgehend von diesem Preisniveau wird einerseits eine abgeschwächte wirtschaftliche Entwicklung in den OECD-Ländern einsetzen. Andererseits können Nicht-OECD-Länder wie Russland und der Iran ihren Einfluss ausbauen¹¹. Hingegen laufen Schwellenländer und Staaten der Dritten

Welt Gefahr unter der Last von Schulden und Staatsversagen zusammenzubrechen. Sollte es jedoch den OECD-Ländern, die gleichsam Konsumenten der Energieexporte aus Russland und aus Nicht-OPEC Staaten sind, gelingen den Übergang zu einer Wirtschaft zu erreichen, die mit wesentlich geringeren Mengen an fossiler Energie auskommt, so würden Länder wie Russland zu den Hauptverlierern zählen. Es sei denn, die vom früheren Präsidenten *Putin* eingeleiteten, und vom derzeitigen Präsident *Medwedew* fortgesetzten, aber durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gebremsten Modernisierungsprojekte werden umgesetzt, so dass die Diversifizierung

von Russlands Wirtschaft erfolgreich bewältigt werden kann.

Als ressourcenreiche Großmacht konnte sich der Kreml in der Präsidentschaft *Putins* praktisch sowohl seine Partner aussuchen als auch sich gegen Kritik an innenpolitischen Fehlentwicklungen wirksamer wehren, als es noch *Boris Jelzin* vermochte. Letzterer hatte das bankrotte Erbe der Sowjetunion zu verwalten und war zu allem Unglück noch mit katastrophal niedrigen Energiepreisen für Öl und Gas gestraft, so dass während seiner Amtszeit in den 1990er Jahren Russland von einer Krise zur anderen taumelte.

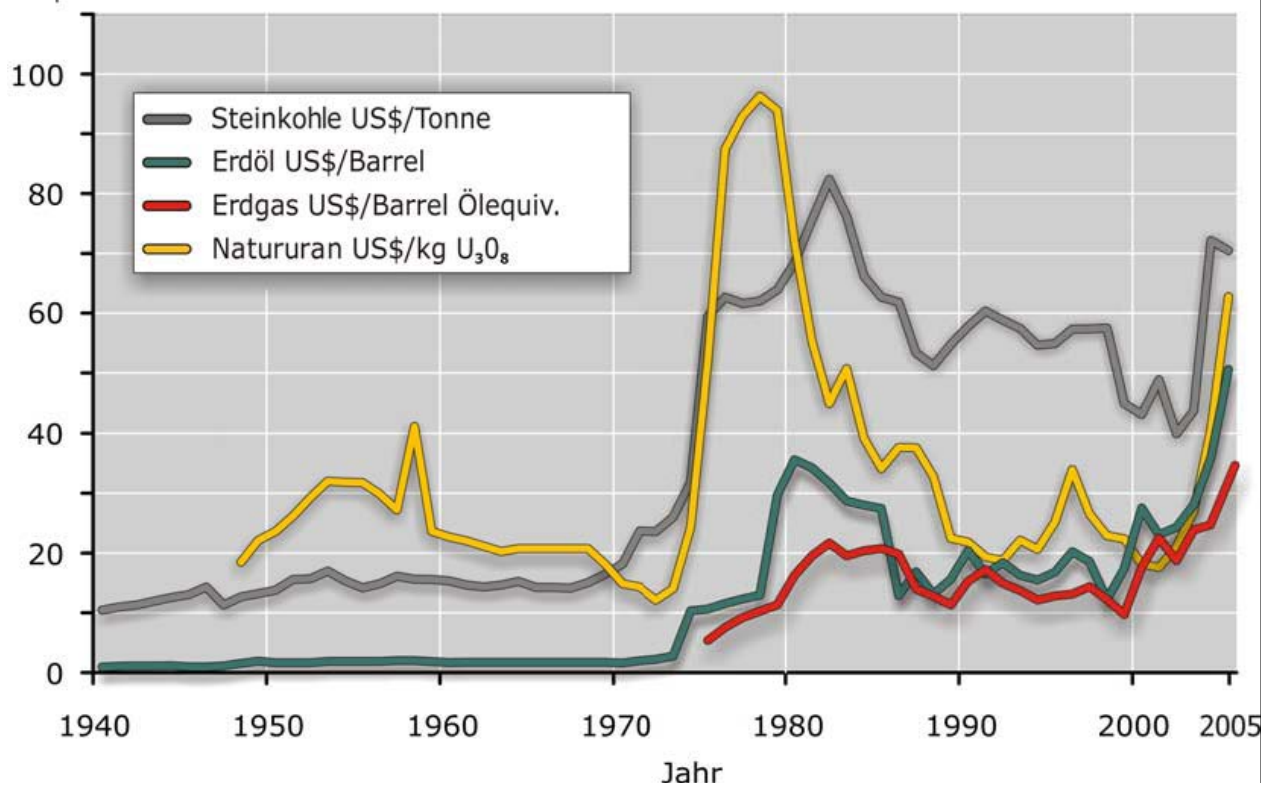


Quelle: BP Statistical Review of World Energy , Juni 2008, S.15.

Diese Lage hatte schon ausschlaggebend dazu beigetragen, dass die Reformbemühungen *Gorbatschows* in den 1980er Jahren ausgehebelt wurden. Russland musste Energie und Rohstoffe exportieren, um wenigstens den Staatshaushalt auf ein Minimum anzufüllen. Das Gros der Einnahmen aus den Energie- und Rohstoffexporten floss jedoch gar nicht nach Russland

zurück. Es wurde von den oligarchischen Machtgruppen im Zusammenspiel mit der korrupten Staatsbürokratie gestohlen und in Steueroasen gebunkert. Beide Faktoren, die ausweglose Lage Moskaus und niedrige Energiepreise ließen in der EU das Problem von Versorgungssicherheit überhaupt nicht aufkommen.

Entwicklung der nominalen Preise für Energieträger (Jahresmittelwerte) seit dem Jahr 1940.
US\$



Quelle:

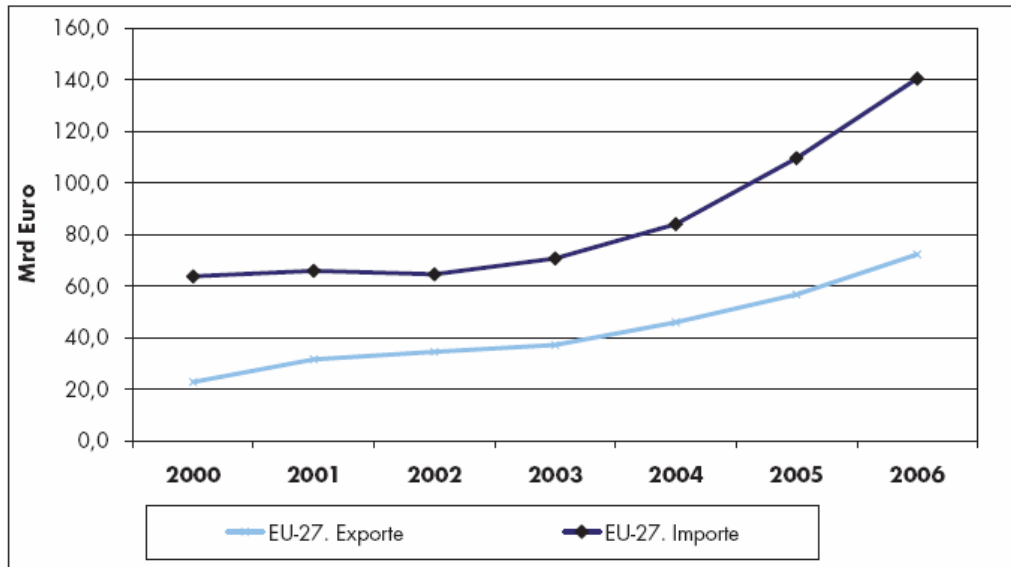
Importabhängigkeit und Selbstversorgungsgrad Deutschlands bei einzelnen Primärenergie-Rohstoffen in den Jahren 1995 und 2005 (Quelle: AGE B 2006, BGR-Datenbank).

Die Situation änderte sich schlagartig ab 2000. Russland ist in weniger als einer Dekade zur 10-stärksten Industrienation der Welt aufgestiegen. Statt früherer Kapitalflucht bestimmten nun strategische Direktinvestitionen in OECD-Ländern die russische Wirtschaftspolitik. Dass verunsicherte sogar westliche Geschäftskreise und manch neoliberale Regierung entdeckte schon vor der jetzigen Krise ihren Hang zum selektiven Protektionismus, um sich gegen „feindliche Übernahmen“ ihrer nationalen Champions, ihrer großen Konzerne, zu wehren. Eine ungeschriebene Lex gegen ausländische Staatsunternehmen und Banken wurde faktisch ab Mitte der derzeitigen Dekade in Kraft gesetzt.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese Entwicklung nicht nur gestoppt, sondern auch das Ausmaß an Verschuldung russischer Konzerne auf den internationalen Finanzmärkten schlaglichtartig verdeutlicht.

Trotz politischer Differenzen und anderer Irritationen mit der Europäischen Union boomte jedoch der europäisch-russische Handel in dieser Zeit. Daran kann man auch die (Irr)Relevanz des PKA, des Partnerschafts- und Kooperationsvertrages messen, der 2007 auslief und seither im Wechselbad von Boykotts und Aussetzungen schmort. Erst 2009 sind die Verhandlungen wieder aufgenommen worden.

Entwicklung im Handel EU – Russland 2000–2007



Nach: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=2453,60688826&_dad=portal&_schema=PORTAL#,
24. Mai 2007

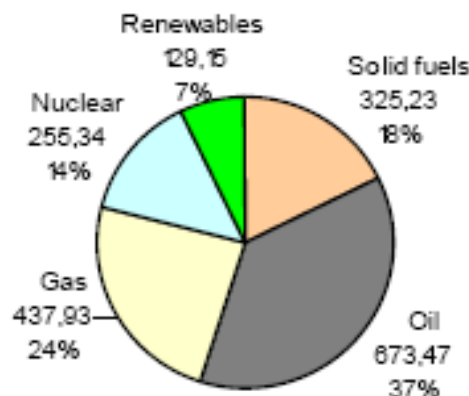
Quelle: Russlandanalysen 136/2007; Bis zum dritten Quartal 2008 wies der Handel starke Zuwachsraten auf. Erst ab 2009 gab es erhebliche Rückgänge.

Für die europäische und deutsche Energieversorgung ist und bleibt Russland überlebenswichtig. Das Land verfügt nicht nur über immense Energiereserven, die zudem relativ nahe an den europäischen Verbrauchern liegen und mittels Pipelines herangeführt werden können. Es ist außerdem politisch stabil und kann zudem auf eine nahezu 40-jährige Tradition zurückblicken, Deutschland und Österreich seit den Zeiten der Sowjetunion und trotz des nachfolgenden Chaos der *Jelzin-Ära* immer zuverlässig beliefert zu haben. Nun, man mag einwenden, damals bestand noch die Sowjetunion, heute aber fließen Öl und Gas durch

souveräne Transitländer nach Europa- und letztlich bereiteten diese die Probleme.

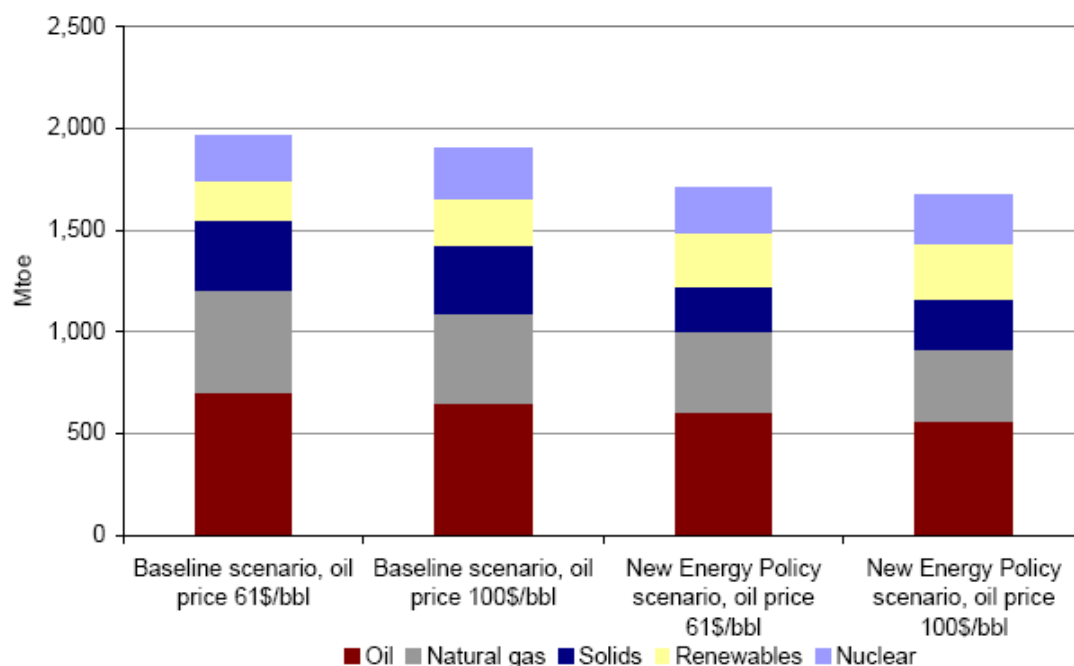
Entsprechend der EU-Prognose wird sich der Energiemix bis 2020 relativ stabil halten. Veränderungen sind allerdings durch die Entwicklung des Ölpreises denkbar. Schätzungen gehen davon aus, dass sich die Importabhängigkeit der EU bis 2020 bei ca. 56% stabilisieren wird. Grundlage ist die Annahme, dass sich der Ölpreis bei ca. 100 US Dollar einpendelt. Anhaltend niedrige Energiepreise würden die Abhängigkeit von Importen erhöhen.

EU27, GROSS INLAND CONSUMPTION (ENERGY MIX in Mtoe, %) (2006)



Quelle: Eurostat; zit.nach . Europäische Kommission, An EU Energy Security and Solidarity Action Plan: Europe's current and future energy position: demand-resources-investments, Brüssel 13.11.2008, S. 8.

The fuel mix (Mtoe) in different scenarios



Quelle: Eurostat; zit.nach: Europäische Kommission, An EU Energy Security and Solidarity Action Plan: Europe's current and future energy position: demand-resources-investments, Brüssel, 13.11.2008, S.16.

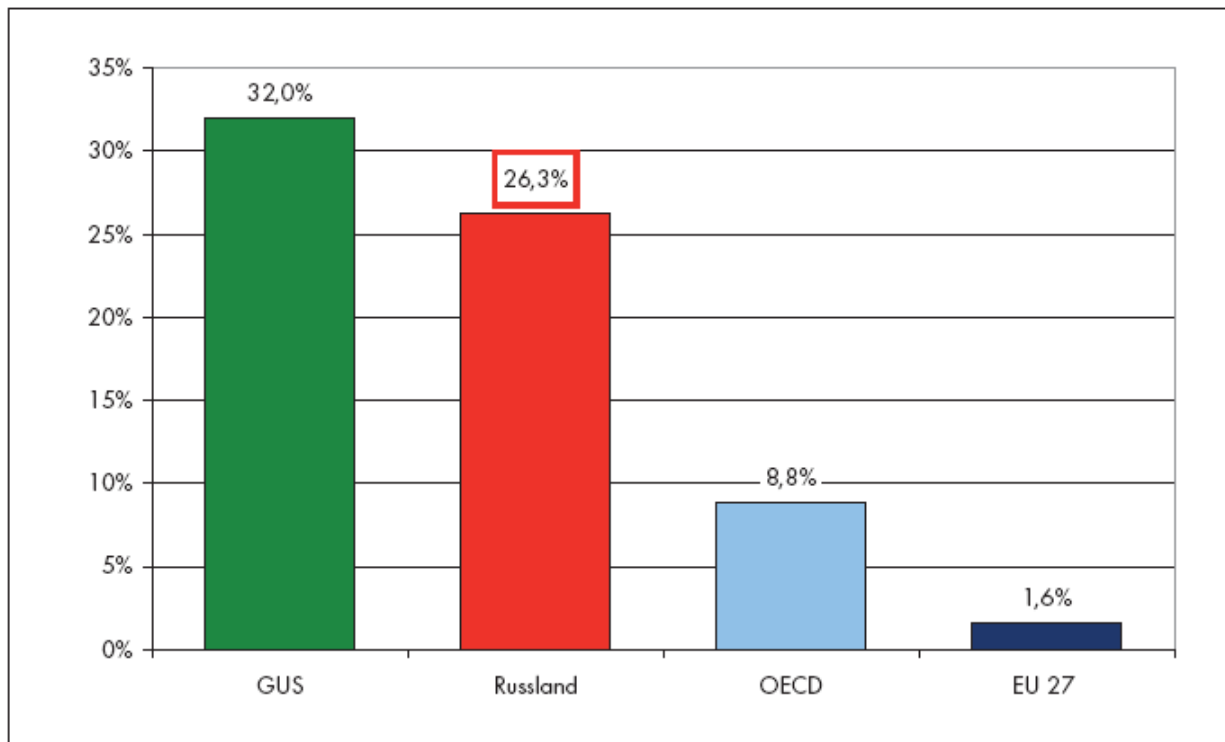
Erdgas

Für Europa und Russland ergeben sich unterschiedliche Szenarien für den Öl- und Gasbereich. Während die Ölförderung und der Konsum bis 2030 ihren Höhepunkt überschritten haben werden, was sich auch auf die Exportstrategien der Förderländer auswirken wird, machen die russischen Gaslieferungen an Europa in etwa 30% des europäischen Gasbedarfs aus. Daraus entsteht keine gravierende Abhängigkeit, aber für die russische Energiepolitik, wenigstens in ihrer langfristigen Zielsetzung, wird Gas zur entscheidenden

Ressource, die auch längerfristig zum Rückgrat russischer Energieexporte taugt.

Und in Anbetracht der globalen Ressourcenverteilung ist eine solche Politik nur folgerichtig. Betrachtet man die Verteilung der nachgewiesenen Gasreserven, so kann man sich über Diversifizierungsforderungen selbst ernsthafter Politiker nur wundern. Fakt ist, dass Europa trotz aller Diversifizierungsanstrengungen auf lange Zeit von russischen Gaslieferungen abhängig bleiben wird¹².

Grafik 4: Verteilung der weltweiten Erdgasreserven (proven reserves, Jahresende 2006)



Quelle: Russlandanalysen, 139/2007

Daran wird auch die Umstellung auf Flüssiggas, LNG, wenig ändern. Europas Gasversorgung wird in den nächsten zehn Jahren zu 80 bis 90 Prozent aus Russland, Algerien und Norwegen kommen. In diesem Versorgungsmix könnte der Anteil von Algerien beträchtlich steigen, der von Russland wird sich bei ca. 30% einpendeln¹³. Projekte, angesichts der Schwierigkeiten mit der *Nabucco*-Pipeline, nach Westafrika zu schauen, um von dort Gas via Pipeline oder verflüssigt nach Europa zu verbringen, sind nicht gänzlich utopisch, aber mit immensen Kosten und vor allem mit Risiken verbunden.

Gegenwärtig importiert die EU etwa 42% ihres Gasbedarfs aus Russland, 24% aus Norwegen, 18% aus Algerien und 5% aus Nigeria. Die Nachfrage nach Gas wird steigen. Allerdings wird im EU-Europa die Nachfrage sich unterschiedlich entwickeln, da hauptsächlich die süd- und osteuropäischen Staaten aufgrund verschärfter Emissionsauflagen von Kohle und Öl auf Gas umsteigen werden. Prognosen zufolge wird sich der Erdgasverbrauch in den Industrieländern Europas bis 2030 nahezu verdoppeln.

Pipelines

Letztlich bleiben Pipelines die sicherste und günstigste Variante von Gastransporten, aber ihr Bau selbst schafft noch keine neuen Gasquellen oder sichert den Zugang. Das Transitproblem bleibt solange bestehen wie Russland nicht den direkten Zugang zu den europäischen Märkten

schafft. Sollte sich der Bau verzögern und die Weltkonjunktur auf ihr Niveau vor der Krise zurückpendeln, so kann sogar mit Versorgungslücke von etwa 130 Mrd. Kubikmeter bis 2030 gerechnet werden.

Gas auf dem Weg nach Deutschland

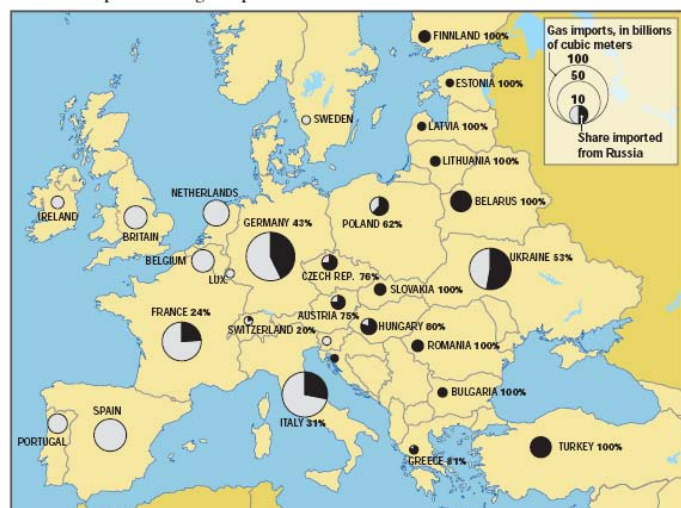


Quelle: <http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~E22B0F248767B4207930F342270E6C8D3~ATpl~Ecommon~SMed.html>

Europa wurde zum größten Konsumenten der russischen Energieexporte. Aber Maßnahmen der Energieeffizienzsteigerung und der Schaffung von unterirdischen Gasreservoirs werden den Verbrauch und auch die Abhängigkeit von Energieimporten im EU-Europa sehr unterschiedlich ausfallen lassen. Besonders in den ehemaligen Ländern des Warschauer Paktes ist die Abhängigkeit nahezu vollständig. Die baltischen Staaten, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Ungarn beziehen zu 100% Gas aus Russland. Österreich, Tschechien, Polen, Griechenland und die Türkei sind zu 80% abhängig.

Daher verwundert es nicht, sehen wir einmal von den binnenländischen Versorgungsnetzen sowie von jenen Pipelines ab, mit denen die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten/GUS versorgt wird, dass nahezu die gesamte Infrastruktur für russische Energieexporte heute noch nach Westen ausgerichtet ist. Das schließt Pipelines wie Terminals ein und bezieht sich auf den Export von Erdgas wie Öl. Und trotz aller Spekulationen über einen Paradigmenwechsel in der russischen Politik hin zum asiatisch-pazifischen Raum planen russische Energiekonzerne neue Gasleitungen.

Karte: Europäische Erdgasimporte



Quelle: Russlandanalysen, 137/2007

Quellen: International Herald Tribune, International Energy Agency, Verband der Schweizerischen Gasindustrie, nach: Russian Analytical Digest 18/07, <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/details.fm?lng=en&id=29825>



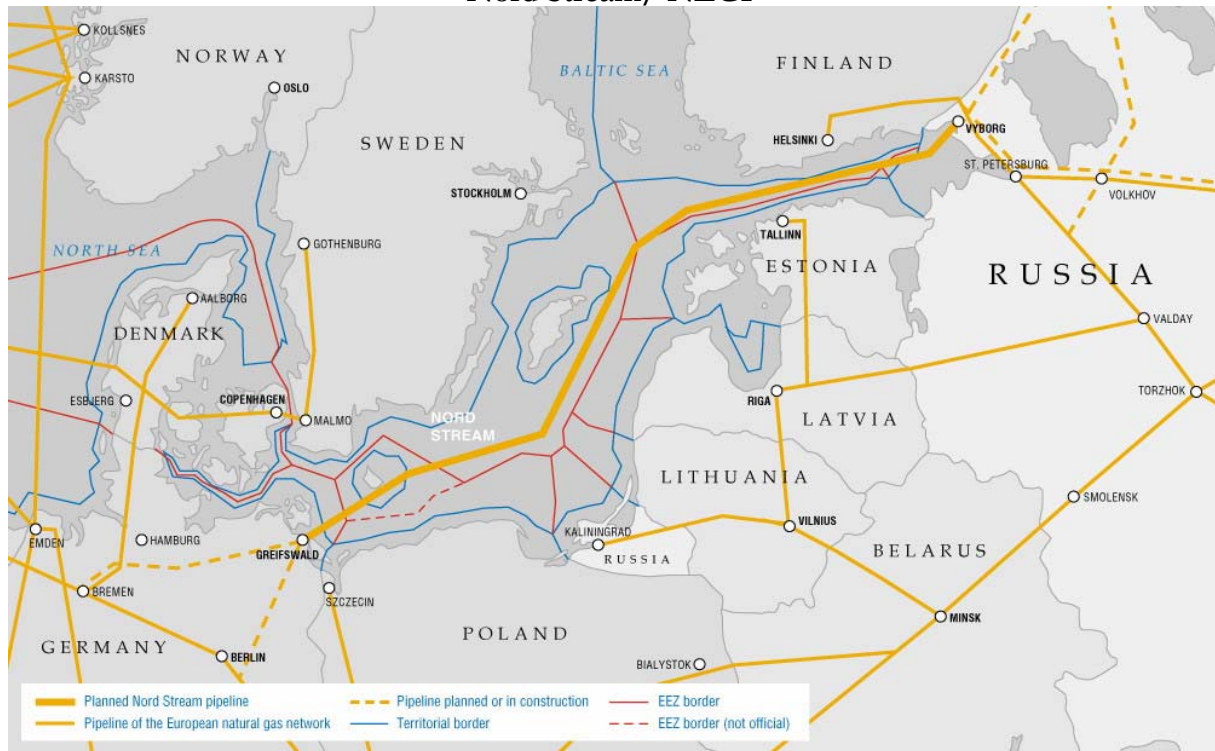
Quelle: Primary Russian Oil and Gas Pipelines to Europe.

URL: <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Russia/images/772861%20%5BConverted%5D.pdf> Stand: 19.06.2008.

Als wichtigster Markt für russisches Gas soll Europa künftig durch zwei neue Routen versorgt werden. Die wohl bekannteste, ist die NEGP, die Nordeuropäische Gaspipeline, oder kurz *Nord Stream*.

Sie hat einen innerrussischen Abschnitt, der vom sibirischen Eismeer bei Murmansk bis zur russischen Ostseeküste nahe Wyborg reicht, und soll von dort auf dem Boden der Ostsee nach Mecklenburg verlaufen.

Nord Stream/ NEGP



Quelle: <http://www.gazprom.com/eng/articles/article29535.shtml>

Die Prognose wachsenden Gasbedarfs, vor allem aber die Probleme mit den westlichen Transitländern Ukraine und Belarus, waren ein wesentlicher Grund für die Entscheidung zum Bau von *Nord Stream*. Diese Pipeline belegt anschaulich das langfristige russische Interesse an der europäischen Energieversorgung. Nach Fertigstellung wird es keine Probleme und Kosten des Transits durch Drittländer mehr geben. *Nord Stream* wird als Gemeinschaftsunternehmen von Gazprom, BASF und EON betrieben. Seit dem 10. Juni 2008 ist auch die niederländische Gasunie mit 9% beteiligt. Gazprom hält 52% der Anteile, die beiden deutschen Energiekonzerne haben jeweils von ihren 24,5% die erforderlichen Anteile an Gasunie abgegeben. Beide deutschen Konzerne sind gemeinsam mit Gazprom an der Erkundung eines großen Gasfeldes in Westsibirien beteiligt. Ab 2011 sollen russische Gaslieferungen über *Nord Stream* erfolgen. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 20 Jahre¹⁴.

Ihr südeuropäisches Gegenstück könnte die *South Stream* Gaspipeline werden, die von der Türkei durch Südeuropa nach Österreich führen soll. Dabei wird sie an die schon bestehende *Bluestream* Pipeline angedockt. Obwohl die

energiepolitische Ausrichtung Russlands nach Europa durch beide Großprojekte auch zukünftig unterstrichen wird, muss Moskau schon aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen heraus seine Energieexporte diversifizieren. Und daran wird auch weder eine lang anhaltende noch tief gehende Weltwirtschaftskrise etwas berichtigen. Denn, was vor der Krise unverkennbar war, nämlich dass die Wachstumsregionen der Welt in Südostasien liegen und von daher die zukünftigen Nachfrageimpulse nach Energie kommen, wird sich auch nicht während und schon gar nicht nach der Krise ändern.

Das muss EU-Europa nicht beunruhigen, denn es setzt ohnehin auf Energieeffizienz beim Verbrauch und auf Diversifizierung. Trotz der politisch unterkühlten Beziehungen zur Europäischen Union, eine Entwicklung, die nicht zuletzt durch einige neue Mitgliedsländer der EU, namentlich Polen und die Baltischen Staaten, ausgelöst wurde, bleibt Europa auf absehbare Zeit weiterhin ein wichtiger Markt für russische Energielieferungen. Daraus ergibt sich ein relativ hoher Grad an Versorgungssicherheit inmitten von düsteren Prognosen über schwindende Energiereserven und destabilisierende Folgen der Weltwirtschaftskrise für einige Schwellenländer.

Gazprom als global Player und das Transitproblem

Die Auseinandersetzungen mit den beiden westlichen Transitländern Belarus und Ukraine haben im Kreml und bei Gazprom nahezu traumatische Wirkungen gezeitigt. Wie schon erwähnt, wird daher lieber eine kostenintensivere Lösung für eine Gastrasse nach China angestrebt, als dass man sich noch einmal in die Abhängigkeit eines „befreundeten“ Landes wie Kasachstan begeben wird. Diese Erfahrungen haben die Exportpolitik von Gazprom gekennzeichnet: Sicherstellung des wichtigsten Absatzmarktes durch eigene Pipelines. In diesem Kontext wurde *Nord Stream* konzipiert. Und in der weiteren Planung, die ab 2007 reifte, gewann das Projekt *South Stream* an Konturen. Obwohl *South Stream* durch eine Vielzahl von Ländern führt wie Ungarn, Griechenland, die Türkei etc. herrschen hier andere Bedingungen. Entweder handelt es sich um Mitgliedstaaten der EU oder aber um Länder, die an den Durchleitungstarifen finanziell interessiert sind wie die Türkei. Außerdem scheint sich die Annahme zu verdichten, dass die Türkei zum südeuropäischen Hub, Verteilerknotenpunkt, für das östliche Mittelmeer aufgebaut wird.

Beide große Pipeline-Projekte sind darüber hinaus im Kontext der Transformation von Gazprom zu betrachten. Der russische Energiekonzern stieg im Laufe weniger Jahre zum größten Gaskonzern der Welt auf. Seine primäre Funktion als Energieversorger Europas blieb zwar bestehen, aber darüber hinaus entwickelte Gazprom spätestens mit der Explosion der Energiepreise auf dem Weltmarkt globale Ambitionen und avancierte zum global Player. Die damit verbundenen Strategieelemente sprach der Vorsitzende des Vorstandes von Gazprom, *Aleksei Miller*, auf der jährlichen Konferenz der Aktionäre im Juni 2006 offen an¹⁵: Für Miller bestehen kaum Zweifel, dass sich der Wettbewerb zwischen den USA, der EU und den asiatisch-pazifischen Staaten/ASPAC, hauptsächlich Chinas, um die Energieressourcen der Welt, besonders die Zentralasiens und des kaspischen Raumes, in den nächsten Jahren verschärfen wird. Und diese Situation gilt es für Gazprom zu nutzen.

Dabei spielen die wirtschaftlichen Zuwachsraten der ASPAC Staaten und Chinas eine entscheidende Rolle. Auch Indien rückt ins Visier von Gazprom. Denn nach Miller, soll das Gas dahin fließen, wo es gebraucht wird, die höchsten Gewinne erbringt und durch langfristige

Verträge Planungssicherheit für den Konzern gewährleistet ist. Entsprechend entwickelte Gazprom eine asiatische Strategiekomponente, die auch die LNG-Dimension einschließt. Nach China sollen zwei Routen führen. Das erste Gas soll bereits 2011 über die Ost-Route (an Kasachstan vorbei) fließen.

2009 sollen dann auch die ersten LNG-Exporte aus Sachalin-2 nach Japan, Korea oder in die USA gehen. Nach eigenen Angaben plant Gazprom bis 2020 ca. 21 Mrd. Kubikmeter Gas aus dem Sachalin-2-Projekt in die asiatisch-pazifische Region zu exportieren. Um 2030 sollen es bereits 28 Mrd. Kubikmeter pro Jahr sein. Diese Politik ist beides, Teil der Exportdiversifizierung wie die Untermauerung des Anspruches zum global Player aufgerückt zu sein. Entsprechend sucht Gazprom südkoreanische und japanische Partner. Und trotz der rückläufigen Gaspreise und der abnehmenden Nachfrage plant Gazprom Investitionen für 2009 in Höhe von 24 Mrd. US Dollar¹⁶.

Doch die strategische Öffnung gegenüber Asien ist nicht gegen Europa gerichtet. „For Gazprom, Europe remains the primary export market“, versprach *Miller*. „The Russian gas has been supplied to Europe for over thirty years now“. Und nach Europa zielt bisherig die gesamte Leitungsstruktur für den Gastransport.

Dennoch weist der Anspruch zum führenden Weltkonzern zu werden, über Europa hinaus. Europa bleibt zwar ein wichtiger Markt, aber die Abhängigkeit von den europäischen Abnehmern soll in Zukunft abnehmen.

„In pursuit of its strategic goal – to create a global leading power company – Gazprom expands its presence in the international markets. The company performs surveying and prospecting for the hydrocarbons in Vietnam, India, Venezuela and Uzbekistan. Also we make assessments for perspective projects in Tajikistan, Kirgizya, Libya, Algeria, Iran and other countries. Our task is to arrange work along the whole length of the chain – from production to sales of hydrocarbons – in the new markets and on the basis of new production capacities outside Russia“. Die Liste ist inzwischen angewachsen. Mit ENI beispielsweise, verbindet Gazprom seit 2006 eine strategische Partnerschaft. Beide Unternehmen haben Interesse an der Förderung von libyschem Gas geäußert. Bereits jetzt verbindet eine Gaspipeline Libyen mit Sizilien.

Dabei rückte *Miller* insbesondere die Interessen des Gasankaufs, gemeinsame Erschließungsprojekte und den Transport zentralasiatischen Gases in den Mittelpunkt der russischen Strategie. Gas aus Zentralasien ist für Gazprom mittlerweile überlebensnotwendig geworden, um seinen Verpflichtungen in Europa nachzukommen.

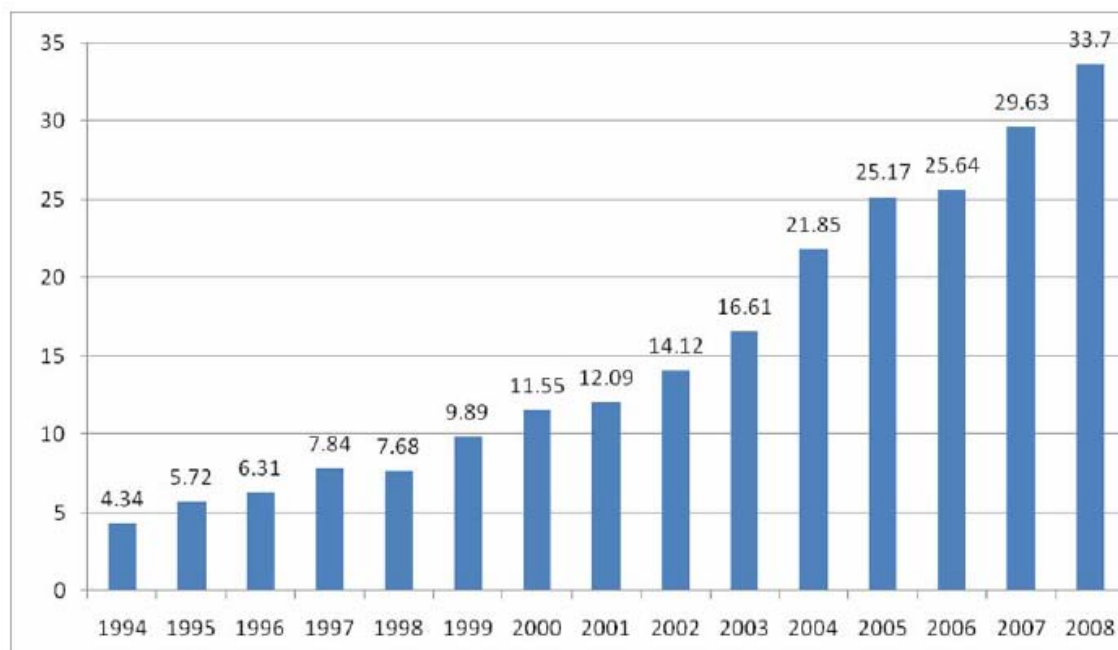
Der kasachische Gassektor hat erstaunliche Zuwachsraten seit 1994 zu verzeichnen. Und die Prognosen bis 2015 deuten auf eine kontinuierliche Steigerung der Produktion wie des Exports bei abnehmendem inländischem Verbrauch und Reduktion von Verlusten durch Transport und Abfackeln.

Prognosen über Produktion und Verbrauch von kasachischem Gas (Mrd. Kubikmeter) 2008 - 2015

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Production	33.7	38.9	42.6	43.2	43.9	45.1	53.3	61.5
Sales gas	16.6	18.9	21.0	23.6	25.0	27.2	29.0	32.6
Sales gas as proportion of total production	49%	49%	49%	55%	57%	60%	54%	53%
Domestic demand	10.4	11.9	13.3	15.3	16.0	18.3	18.9	19.7
Domestic demand as proportion of sales gas	63%	63%	63%	65%	64%	67%	65%	60%
Net export gas availability (Sales gas-minus demand)	6.2	7.0	7.7	8.3	9.0	8.9	10.1	12.9

Source: Ministry of Energy and Mineral Resources, September 2008

Figure 1: Kazakhstan's gross gas production (bcm) 1994–2008



Source: ENI, Kazakhstan's State Committee for Statistics, 2008 MEMR forecast

Seit 2007 ist Gazprom seinem Ziel, Kontrolle über das zentralasiatische Gas zu erlangen, näher gekommen. So wurden mittelfristige Verträge des Gastransportes aus Russland, Usbekistan und aus Turkmenistan über Kasachstan abgeschlossen. Eine Pipeline entlang des Kaspischen Meeres soll turkmenisches Gas über Kasachstan nach

Russland führen. Aber die zentralasiatischen Anbieter verlangen mittlerweile von Gazprom „europäische Preise“. Eine Vereinbarung darüber besteht seit Mai 2008¹⁷.

Gazprom strebt seit geraumer Zeit den direkten Zugang zu Konsumenten in Ländern der

Europäischen Union an und will dort auch Direktinvestitionen tätigen und vorhandene Netze aufkaufen. Sowohl *Nord Stream* als auch *South Stream* würden den direkten Zugang zu

europäischen Endverbrauchern ermöglichen, nachdem die Osterweiterung der EU nun Länder am Schwarzen Meer einschließt.

Die Pre-Caspian Gas Pipeline



Quelle: <http://www.gazprom.com/eng/articles/article29535.shtml>

Darüber hinaus drängt die russische Energiepolitik auf die Vernetzung des Raumes zwischen dem Kaspischen Meer und Südosteuropa, unter Einschluss der Türkei. Gezielt festigt Gazprom seine Position in Europa, besonders in Südosteuropa. Nach 14 Jahren kamen im März 2007 beispielsweise die Verhandlungen zum Bau der *Balkan-Pipeline* zwischen Griechenland, Bulgarien und Russland erfolgreich zum Abschluss.

In den Niederlanden, in England und Belgien bekundete Gazprom Interesse am Kauf von Kraftwerken, Gasreservoirs und Versorgungsnetzen. Mit norwegischen Konzernen wurde die gemeinsame Exploration von Gasfundstätten vereinbart. 2006 schloss der Konzern erstmals einen Liefervertrag mit Dänemark ab. Die jüngsten Vereinbarungen zur Kooperation im

Energiesektor zwischen Spanien und Russland vom Februar 2009 belegen, dass trotz der globalen Wirtschaftskrise der russische Expansionskurs in diesem Wirtschaftssegment fortgesetzt wird.

Parallel dazu liefen Vorbereitungen für *South Stream* an. Mit dem italienischen Konzern ENI wird gegen Beteiligung an russischen Gasfeldern eine Kooperation für den Vertrieb von Gas angestrebt. Schließlich vereinbarte Gazprom mit Ungarn¹⁸, das Land an *South Stream* anzuschließen, die wiederum an das *Blue Stream Projekt* von Gazprom angedockt werden soll. *South Stream* soll gemeinsam von Gazprom und ENI betrieben werden. Ungarn bezieht ca. 90% seines Gasbedarfs aus Russland.

Blue Stream Gas Pipeline mit projektierte Anbindung an South Stream



Quelle: <http://www.gazprom.com/eng/articles/article29535.shtml>

Bei einem Treffen mit dem damaligen russischen Präsidenten *Putin* schlug der ungarische Premierminister im März 2007 vor, dass Ungarn je zur Hälfte seinen Gasbedarf aus *South Stream* und aus der *Nabucco* Pipeline, falls das Projekt der Europäischen Union einmal Wirklichkeit werden sollte, decken sollte.

Damit hat der russische Präsident auch indirekt angedeutet, dass russisches Gas durchaus für *Nabucco* bereitgestellt werden könnte. Konservative Schätzungen besagen, dass sich die russischen Gaslieferungen nach Europa bis 2030 verdoppeln könnten. Selbst solch ein Zuwachs impliziert noch lange keine Abhängigkeit und fällt im Kontext der europäischen Gasimporte eher bescheiden aus. Denn im Vergleich zu 2003 würde der russische Anteil an den Gesamteinfuhren Europas von gegenwärtig ca. 70% auf ca. 50% im Jahre 2030 sinken. Andere Prognosen gehen von ca. 30% aus. Entsprechendes gilt auch für Deutschland. Für diesen Trend sind mehrere Gründe verantwortlich:

1. Die russische Gasproduktion läuft bereits auf einem relativ hohen Förderungsniveau, so dass weitere Steigerungen und vor allem die Erkundung neuer Förderquellen nur durch den Einsatz sehr hoher Investitionen und durch feste Abnahmegarantien durchführbar sind.
2. Der Hauptabnehmer russischen Erdgases ist die russische Binnenwirtschaft, bzw. die privaten Haushalte. Solange dort keine Anstrengungen greifen, die maßlose Verschwendung von Energie einzuschränken und zu einem effizienten Regime der Nutzung überzugehen, sind dem Export Grenzen gesetzt. Die technologische Modernisierung der großen Industrie würde außerdem den Konsum an Gas erhöhen, so dass nur über das Zuspiesen von zentralasiatischem Gas Russland überhaupt seinen Lieferverpflichtungen gegenüber Europa nachkommen kann.
3. Dass insbesondere Gas- und Ölexporte das Rückgrat des russischen Staatsbudgets bilden, ist allgemein bekannt. Ihr Beitrag zum Staatsbudget beträgt ca. 60%. Mit Niedergang der industriellen Produktion und wachsenden sozialen Problemen könnte sich dieser Anteil noch erhöhen. Aufgrund der Preisentwicklung für Energieträger und Rohstoffe konnte die Staatsverschuldung in den zurückliegenden Jahren abgetragen werden. 2008, vor der Wirtschaftskrise beliefen sich die Rücklagen der russischen Zentralbank auf ca. 526 Mrd. USD. Außerdem befanden sich im Fond für wirtschaftliche Rekonstruktion ca. 160 Mrd. Dollar an Rücklagen. Diese Rücklagen sind in der Krise nahezu halbiert worden und können noch maximal zwei Jahre eine anhaltende

Wirtschaftsschwäche und niedrige Ölpreise durch staatliche Nachfrage und Subventionen kompensieren. Aber die Gestaltungsmöglichkeiten des russischen Staates sind arg einge-

schränkt worden und haben bereits Rückwirkungen auf die Finanzierung von Groß- und Infrastrukturprojekten gehabt.

Das Jamal-Megaprojekt

Angesichts der aufgezeigten wirtschaftlich problematischen Lage, die sowohl die Funktionsfähigkeit des russischen Staates aufgrund schwindender Revenuen betrifft, aber auch die nachlassende Nachfrage nach Energie mittelfristig mit anspricht, rückt die Konzentration auf zukunftsweisende Projekte in den Vordergrund.

Ein solches Leuchtturmprojekt der russischen Gasindustrie ist das *Jamal-Megaprojekt*.

Die Jamal Halbinsel gilt als die größte Lagerstätte von Gas und ist von Gazprom zur strategischen Region erklärt worden, die Russlands Gasresourcen ab 2010 sichern soll. Von dort soll Gas über ein neues und bislang einzigartiges Gastransportsystem in die russischen Netze eingepumpt werden. Dabei ist auch eine Verbindung mit *Nord Stream* angedacht. Das neue binnenländische Transportsystem UGSS, *Unified Gas Supply System of Russia*, wird eine Länge von 2100 Km haben.

Unified Gas Supply System of Russia im Rahmen des Jamal-Mega-Projektes



Quelle: <http://www.gazprom.ru/eng/articles/article32739.shtml>

Die Gasförderung in Jamal und in benachbarten off-shore Regionen soll ab 2011 anlaufen und das zukünftige Rückgrat der russischen Gas-

produktion bis 2030 bilden. Danach sind andere Projekte in Planung. So soll die Off-shore Förderung in der Kara-See erst nach 2025 beginnen.

Prognosen der Gasförderung aus dem Jamal-Mega-Projektes

Year	2011*	2015	2020	2025	2030
Gas Production (bcm)	7,9	75–115	135–175	200–250	310–360

Quelle: <http://www.gazprom.ru/eng/articles/article32739.shtml>

Sollte das Projekt abgeschlossen werden, so kann auf Grundlage geopolitischer und wirtschaftlicher Faktoren nur die Belieferung von russischen Verbrauchern und europäischen

Abnehmern eine Rolle spielen. Mit anderen Worten, auch in Zukunft wird sich die Konzentration der russischen Energiepolitik auf Europa ausrichten.

Die asiatisch-pazifische Option russischer Energiepolitik

All diese Überlegungen und die derzeitige wie zukünftige Relevanz des europäischen Marktes, der allein schon durch die Pipelineprojekte unterstrichen wird, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die rasante Nachfrage nach Öl und Gas durch die Anrainerstaaten des Pazifiks und Südostasiens spätestens in der zweiten Amtsperiode des russischen Präsidenten Putin zu einer Öffnung, gar Akzentverlagerung in der russischen Energiepolitik geführt hat.

Vier Trends sind erkennbar, die für die Versorgung Europas in der Zukunft nicht irrelevant sein dürften.

1. Ähnlich wie Europa sich um die Diversifizierung seiner Energiebezugsquellen bemüht, geht Russland daran, seine Energieexporte zu diversifizieren und zielt auf die Wachstumsmärkte Asiens, einschließlich der USA. Von Westsibirien werden Öl- und Gaspipelines zum Pazifik, nach Nachodka, gebaut. Dort, und in Verbindung mit den strategisch bedeutenden drei Sachalin-Projekten, entstehen Infrastrukturkomplexe, wie Terminals und Anlagen zur Gasverflüssigung.
2. Russland hat nach jahrelangem Zögern dem Drängen der chinesischen Regierung nachgegeben, zusätzlich zu einer bereits vereinbarten Ölpipeline auch eine Gaspipeline direkt, unter Umgehung von Transitländern, in den Nordwesten Chinas zu bauen. Das Altai-Projekt ist in der Planungsphase, stößt aber auf Widerstand von Umweltgruppen und lokalen Ethnien.
3. In den letzten Jahren sind systematisch Kooperationsabkommen mit Ländern des Kaspischen und Zentralasiatischen Raumes, wie Turkmenistan und Kasachstan, abgeschlossen worden, die auf Dekaden hinaus

das Einspeisen von Gas in russische Transportnetze sichern.

4. Insbesondere Kasachstan spielt in den energiepolitischen Überlegungen des Kreml eine Schlüsselrolle. Die Kooperation beschränkt sich nicht nur auf Gasprojekte, so wurde auch die Zusammenarbeit bei der Nukleartechnologie und der Uranförderung ausgebaut.

In unserem Zusammenhang ist vor allem der Aspekt relevant wie sich die russische Energiepolitik in Zentralasien und im Kaspischen Raum auf Diversifizierungsstrategien der Europäischen Union auswirken könnte.

Dabei können die Folgen des georgisch-russischen Konfliktes nicht unberücksichtigt bleiben, denn sie betreffen mehr oder minder direkt all jene Projekte, die sich auf Diversifizierung der Energiezufuhr in die Europäische Union beziehen. Der kurze Krieg hat Fragen nach der Stabilität der Region zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer aufgeworfen und damit auch die Sicherheit von Routenführungen angesprochen, die durch Gebiete führen, die durch ethnisch-kulturelle Konflikte geprägt sind. Zu nennen sind hier der ungelöste Konflikt um Nagorno-Karabach, das Kurdenproblem in der Türkei etc. So haben beispielsweise kurdische Freischärler die BTC Pipeline vor dem georgisch-russischen Konflikt außer Betrieb gesetzt.

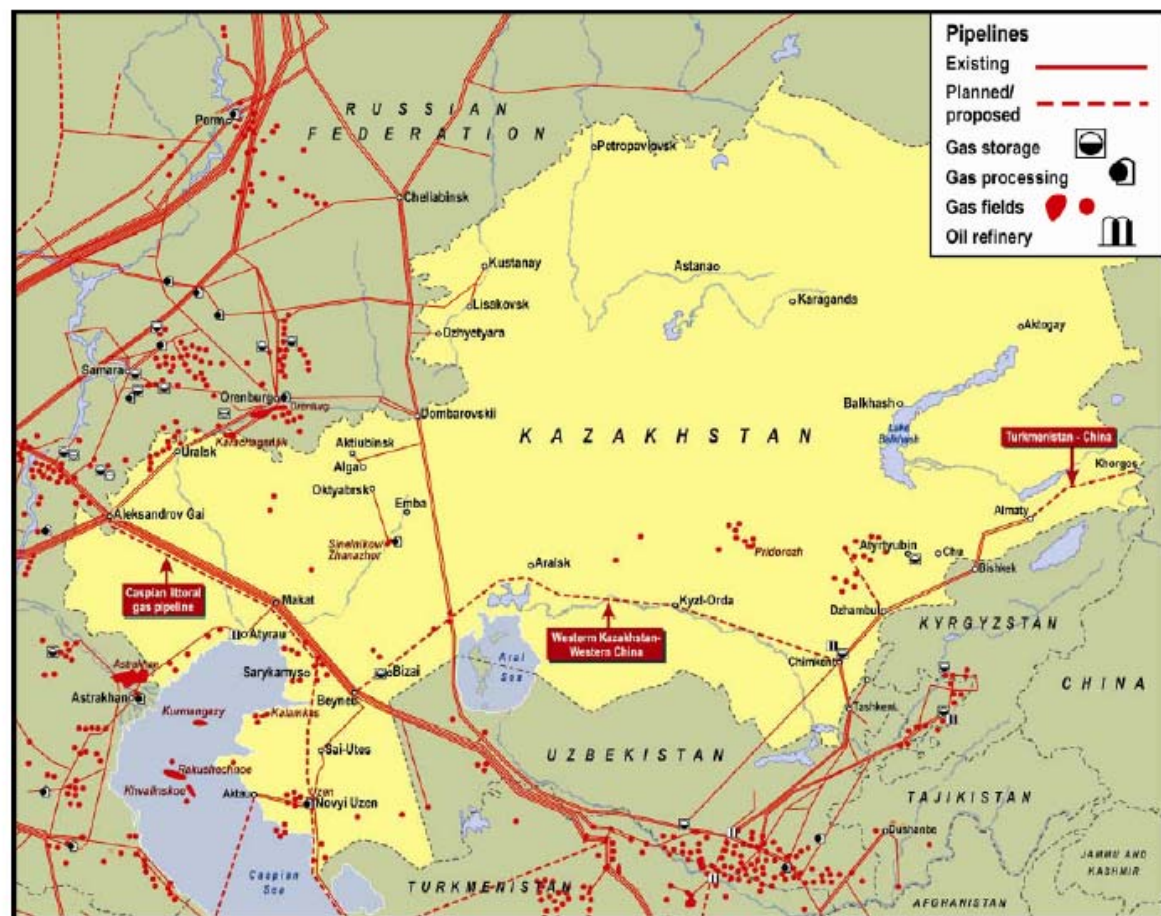
Und die georgischen Schwarzmeerhäfen blieben während und auch nach dem russisch-georgischen Konflikt für geraume Zeit geschlossen. Im Lichte dieser Probleme und der Unsicherheiten, ausgelöst durch die globale Wirtschaftskrise, könnten Investitionsentscheidungen für den Bau von Pipelines verschoben bzw. ausgesetzt werden.

Dies könnte auch zu einem Umdenken von regionalen Machthabern in Usbekistan, Kasachstan oder Turkmenistan führen. Denn angesichts der demonstrativ zur Schau gestellten und eingesetzten militärischen Macht Moskaus, könnten die Regierungen dieser Länder lieber den sicheren Export durch russische Leitungsnetze suchen oder sich an russischen Projekten beteiligen als alternative Routen zu beliefern, die von Moskau als Konkurrenzprojekte bekämpft werden. In dem Maße wie Moskau als potentieller Bedrohungsfaktor wahrgenommen wird,

würden die regionalen Herrschaftseliten nolens volens in eine Entscheidung gedrängt werden, sich entweder für einen pro-russischen oder pro-westlichen Kurs entscheiden zu müssen. Das trifft weniger die zentralasiatisch-chinesischen Projekte.

Eine Umorientierung zentralasiatischer Herrschaftseliten hätte durchaus Konsequenzen für europäische Hoffnungen, sich mit zentralasiatischen Energien ein höheres Maß an Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit gegenüber Moskau zu erkaufen.

Map 1 Major Gas Fields and Pipelines of Kazakhstan



Quelle: Shamil M. Yenikeeff, 'Kazakhstan's Gas: Export Markets and Export Routes', Oxford Institute for Energy Studies November 2008, S. 35.

Und sollten sich die Rivalitäten zwischen der EU, Russland und den USA um Zwischen-europa, um den Kaukasus oder um die Energie-reserven des kaspisch-zentralasiatischen Raumes noch verschärfen oder sollten internationale Probleme zu Unsicherheiten und neuen Frontbildungen führen, so würden diese Spannungen auf einen aufnahmebereiten Resonanzboden in der Region fallen. Von außen geschürte Konflikte könnten zur politischen Polarisierung führen. Daraus könnte die Destabilisierung der gesam-

ten Region resultieren. Es wäre fatal, wenn bestehende innergesellschaftliche, ethnische oder territoriale Konflikte in den zentralasiatischen oder kaukasischen Ländern von außen instrumentalisiert würden, um eigene Partikularinteressen im Energiesektor zu realisieren. Im Gegenteil, man sollte angesichts der Unfähigkeit lokaler und regionaler Eliten miteinander zu kooperieren, die Chance nutzen, gerade über gemeinsame Projekte an der Entfaltung von Wohlstand und Sicherheit in diesem Raum beizutragen.

Letztlich würden sich im Zuge der Umsetzung eines solchen Konzeptes gemeinsamer Verantwortung die Diversifizierungsprobleme Europas auflösen. Kommt mit der neuen US-amerikanischen Administration unter Barack Obama es noch zusätzlich zu einer moderaten und rationalen Iran-Politik, so könnte der Iran als zusätzlicher

Gas und Ölversorger Europas seine frühere Rolle wieder einnehmen. Damit könnten auch die landgebundenen Ressourcen Turkmenistans und Kasachstans über den Iran entweder weiter nach Süden oder nach Westen in Richtung Europa geleitet werden.

Ein Gas-Kartell entsteht

Die Explosion der Energiepreise mündete schon 2007 in Spekulationen, dass ähnlich dem Ölsektor auch ein Gaskartell entstehen könnte.

Zwar reagierte Moskau bisher zurückhaltend auf solche Vorschläge, aber mittlerweile gibt es de facto eine solche Konstruktion. Eine Gruppe von 15 gasproduzierenden Ländern hat sich im *Gas Exporting Countries Forum/GECF* zusammengefunden. Sie kontrollieren ca. 75% aller erkundeten Gasreserven und ca. 40% der globalen Gasproduktion. Es ist unklar, ob das Forum eine institutionalisierte Struktur anstrebt. Gegenwärtig trifft es sich noch auf ad hoc Basis, doch ist innerhalb der beteiligten Länder erkennbar, dass sich eine Führungsgruppe herauskristallisiert hat.

Am 01. November 2008 verkündete der Vorsitzende des Vorstandes von Gazprom *Aleksei Miller*, dass „*Russia, Iran and Qatar have taken the decision to form a big gas troika. This decision has been driven by the logic of the gas market development. The gas market is becoming ever more global. This is due to the advancement of liquefied natural gas production technologies and an increasingly bigger role of LNG worldwide. LNG allows delivering it to markets located at very remote distances from production sites.*“¹⁹ Zwar beschwichtigt Miller, dass dies nicht als Schritt zur Gas-OPEC zu interpretieren sei, sondern nur der Koordination und

des Informationsaustausches zwischen den beteiligten gasfördernden Ländern diene. Er fügte aber zugleich hinzu, dass die Gas-Troika zur treibenden Kraft beim *Gas Exporting Countries Forum* werden würde, dem Zusammenschluss der Förderländer. Das Forum wird eine permanente Organisation werden und als Plattform für die Interessen der beteiligten Länder fungieren. Grundlegender Unterschied zur OPEC scheint lediglich, das Gas nicht als Ware auf den Terminbörsen gehandelt wird. Ansonsten ähneln die Funktionen des Forums sehr denen der OPEC.

Gegen die Schaffung von kartellähnlichen Strukturen sprachen bislang die in der Branche üblichen langfristigen Lieferverträge, die in der Regel eine Laufzeit bis zu 28 Jahren haben. Außerdem bestanden keine Spotmärkte für Gas. Sollten aber der Transport und die Vermarktung von LNG, Flüssiggas, zukünftig weniger kostenintensiv werden, würde sich zu den langfristigen, Pipeline-basierten Verträgen, ein Spotmarkt gesellen. Dies und die Erschließung der großen russischen Gasfelder in der Barentssee, *Schтокman*, und die drei *Sachalin-Projekte*, die LNG einschließen, würden es Russland erleichtern, den Schritt zum Kartell zu unternehmen. De facto fungiert das Forum unter Führung der Troika bereits als de facto-Kartell. Diese Entwicklung wird mit großer Sorge in Brüssel gesehen.

Europäische Anstrengungen zur Energiediversifizierung, Einsparung und Energiesicherheit.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Anstrengungen der EU um Diversifizierung der Energieimporte gleichen, trotz illusterer Ankündigungen ihrer Kommission, dem Wettlauf zwischen Hase und Igel: Das energiepolitische Ziel, sorgfältig in der EU-Strategie für Zentralasien und für die Region zwischen Kaspischen und Schwarzen Meer verpackt, nämlich die Ressourcen dieses Raumes an Russland vorbei nach Europa zu leiten, kann kaum erreicht werden. Moskau hat sich schon die kaspischen und zentralasiatischen Reserven langfristig gesichert.

Anfang 2006 hatte die EU, ausgelöst durch den ukrainisch-russischen Gasstreit, den Bau der 3300 km langen *Nabucco* Pipeline befürwortet.

Sie soll bis 2011 den Betrieb aufnehmen und Gas aus dem kaspischen Raum und/oder dem Nordiran unter Umgehung Russlands über Südosteuropa nach Österreich bringen. Beteiligt sind österreichische, ungarische, türkische, rumänische und bulgarische Energiekonzerne.

Ungarns Vorgehen, die Gasversorgung doppelt abzusichern, zudem das Land noch zum

Verteilerknoten für Südeuropa werden soll, bedeutet einen schweren Rückschlag für das *Nabucco Projekt*, das indes auf sehr tönernen Füßen steht.

Das Projekt befindet sich augenblicklich in der Planungsphase, aber noch gravierender, **der EU-Pipeline fehlt bislang die Gasquelle.**

Daher hat sich auch Gazprom maliziös ins Spiel

gebracht: Präsident *Putin* bot dem Projekt die Lieferung von Gas beim Staatsbesuch in Wien im Mai 2007 an. Und Gazprom untermauerte noch die Relevanz Österreichs als wichtige Handelsplattform für russische Erdgaslieferungen. Sie erreichten 2006 ca. 7,7 Mrd. Kubikmeter und werden von Baumgarten aus, dem *Central European Gas Hub*, im Dreiländereck zur Slowakei und zur Tschechischen Republik gelegen, im gesamten europäischen Raum vertrieben.

Die Nabucco Pipeline



Quelle: <http://www.nabucco-pipeline.com/project/project-description-pipeline-route/project-description.html>

Gefahr für das EU-Projekt droht nicht nur durch das mögliche Ausscheren Ungarns, sondern auch durch den am 12.05.2007 von den Präsidenten Russlands, Kasachstans und Turkmenistans vereinbarten Bau einer neuen Gasleitung für den Export turkmenischen Gases entlang des Kaspischen Meeres über kasachisches und russisches Gebiet. Die Leitung soll in das russische Leitungssystem einmünden und von dort Gas weiter nach Europa transportieren. Die neue Pipeline soll ca. 20 Milliarden Kubikmeter pro Jahr ab 2012 befördern.

Paradoxerweise unterstreicht Gazprom mit beiden Optionen, sowohl mit der nördlichen über die NEGP als auch mit der auf Südeuropa und Österreich abzielenden Strategie, die wahrscheinlich das Nabucco-Projekt der EU überflüssig macht, die Relevanz des europäischen Energiemarktes. Damit wird auch das Interesse des

russischen Staates an der langfristigen Energiesicherheit Europas glaubwürdig.

Brüsseler Anstrengungen zu einer europaweiten, gemeinsamen Energiepolitik zu kommen, sind sicher lobenswert, werden aber kaum von Erfolg gekrönt sein. Zu verschieden sind die nationalen Prioritäten, wenn es etwa um die Entwicklung erneuerbarer Energien oder die Ausrichtung von Forschungsprogrammen geht. Länder etwa wie Frankreich, die Baltischen Staaten, die Tschechische Republik usw. setzen auf den Ausbau der Kernenergie, andere wie Deutschland, das längst Weltmarktführer bei Windkraft geworden ist und eine gute Mittelposition bei der Photovoltaik innehat, bevorzugen lieber einen Energiemix, wobei die Nuklearenergie noch eine Restlaufzeit bis max. 2050 haben dürfte. Die unterschiedlichen nationalen Interessen verhindern auch klare Prioritäten bei den Forschungsprogrammen der

EU. Auch in punkto Energiecharta, die von der EU seit Jahren besonders gegen Russland eingefordert wird, dürfte sich mittelfristig wenig bewegen. Russland würde seine marktbeherrschende Position im Gasgeschäft aufs Spiel setzen und in eine ruinöse Konkurrenz mit Ländern wie Turkmenistan und Kasachstan getrieben werden, wenn es diese Charta unterschreiben würde. Außerdem trägt Moskau der EU nach, dass sie, obwohl Kiew die Charta ratifiziert hat, die Regierung Juschtschenko in keinem Streit daran gehindert hat, beträchtliche Mengen Gas aus den Leitungen abzuzweigen.

Es bleibt nur zu hoffen, dass bis 2030 und spätestens bis 2050 all jene technologischen Investitionen Früchte tragen werden, die bereits heute primär bei Konzernen getätigt werden, damit der Ausfall des Erdöls durch eine Kombination von regenerativen Energiequellen und durch erhöhte Effizienz der Nutzung einerseits wie Reduzierung des Verbrauchs andererseits kompensiert werden können. Im günstigsten Fall gelingt das Unterfangen, ohne dass verschärfte Konkurrenzkämpfe zu internationalen Krisen – oder bornierte Partikularinteressen wieder zum Maßstab nationaler Politik werden. Dies könnte sogar die Kohärenz

von Integrationsprojekten, wie z.B. die EU selbst gefährden. Auch wenn die derzeitige Weltwirtschaftskrise nicht zu den befürchteten Abbremsseffekten beim Bau neuer Pipelines, bei der Erforschung und Förderung von neuen Lagerstätten führen würde, werden sich die Staaten Europas auf eine sehr fragile Stabilität gefasst machen müssen, die zudem von der Leistungsfähigkeit ihrer jeweiligen Volkswirtschaften abhängt. Hingegen könnten weite Teile der globalen Wirtschaft, die dem verschärften Wettbewerb nicht gewachsen sind, an den Rand des Zusammenbruchs gedrängt werden. Dies hätte auch ungeahnten Folgen für die soziale, wirtschaftliche und politische Kohärenz der EU und Russlands. Migration, Terrorismus, Staatszerfall, rassistisch und ethnisch begründete Bürgerkriege und Kriminalität würden den Kontinent erschüttern. Und unter solchen Bedingungen wird eine multi- oder non-polare Weltordnung gewiss nicht in der Lage sein, auf diese Probleme adäquat zu reagieren. Daher erscheint es umso drängender zwischen der Europäischen Union und dem wichtigsten Energieexportland im erweiterten europäischen Wirtschaftsraum ein hohes Maß an Kongruenz der Interessen herzustellen, das institutionell unterfüttert werden sollte.

Anmerkungen

- ¹ Nach International Energy Agency, World Energy Outlook 2008: Fact Sheet: Global Energy Trends, in: http://www.worldenergyoutlook.org/docs/weo2008/fact_sheets_08.pdf ; Siehe auch: Robert Skinner, World Energy Trends: Recent Developments and their implications for Arab countries, in: Oxford Institute for Energy Studies, Mai 2006, S. 56ff.
- ² Siehe dazu: Global Trends 2025: A Transformed World, NIC 2008-003. Die Prognose des National Intelligence Council geht von einer dramatisch veränderten politischen Landschaft im Jahre 2025 aus. Zwar bleiben die USA die stärkste Macht, verlieren aber an Einfluss in einem sich herauschälenden multipolaren System, das u.a. durch die BRIC-Mächte strukturiert wird. Der Bericht prognostiziert eine Umverteilung von Einfluss und Reichtum von West nach Ost. Länder wie Russland profitieren davon. Der Kampf um knappe Ressourcen, nicht nur Öl und Gas, sondern auch Wasser wird zunehmen. Dabei bleibt es ungewiss, ob die Überleitung unserer Wirtschaftssysteme auf nicht-fossile Energien bis 2025 gelingt.
- ³ Der Gipfel der 27 EU-Außenminister vom 16. März 2009 weist in diese Richtung, da sich die Regierungen nicht auf die Verteilung der 3,5 Mrd Euro für Energieprojekte einigen konnten. Während Italien und Frankreich das Nabucco-Projekt nur kürzen wollten, sprach sich die deutsche Regierung dagegen aus. Ein wesentlicher Grund für die zeitweilige Aussetzung des Nabucco-Projektes war der Nachfragerückgang für Gas. Die europäischen Lieferungen Gazproms gingen in den ersten Monaten von 2009 um fast 40% zurück. Siehe dazu: The Moscow Times, 19.3.2009.
- ⁴ <http://www.gazprom.com/eng/articles/article20334.shtml>
- ⁵ Siehe dazu: President of Russia, Official Web Portal, Global Energy Security, St. Petersburg 16. Juli 2006.
- ⁶ Ebenda, S. 60.
- ⁷ Simon Pirani, Jonathan Stern, Katja Yafimava, The Russo-Ukrainian gas dispute of January 2009: a comprehensive assessment, Oxford Institute for Energy Studies, February 2009 .
- ⁸ Gazprom verlor ca. 1,5 Mrd. US Dollar in diesem Konflikt
- ⁹ Pirani, Stern, Yafimaya, ibidem, S.62.

- ¹⁰ Siehe dazu: Streitgespräch zwischen Xavier Solana und dem russischen Außenminister Sergei Lawrow auf dem 4. Brüsseler Forum 20.3.2009, in:
[http://www.gmfus.org/brusselsforum/2009/docs/BF Release Lavrov Solana 21 March 09.pdf](http://www.gmfus.org/brusselsforum/2009/docs/BF%20Release%20Lavrov%20Solana%2021%20March%2009.pdf).
- ¹¹ Siehe dazu: Global Trends 2025: A Transformed World, NIC 2008-003, S. 45.
- ¹² FAZ, 08.12.2007, S. 16.
- ¹³ Annahmen über eine Versorgungslücke Europas in der Gasversorgung aus Russland, die sich in zehn bis fünfzehn Jahren zeigen könnte, sind spekulativ und unter Experten umstritten.
- ¹⁴ Überdies wurden Pläne bekannt, dass *Gazprom* die Errichtung einer Gasverflüssigungsanlage in der Nähe des *NEGP-Terminals* erwägt. Eine solche Anlage könnte LNG zu den europäischen Spotmärkten, nach England und in die USA verbringen.
- ¹⁵ Aleksei Miller, *Gazprom – Strategy for the Energy Sector Leadership*, in:
<http://www.gazprom.com/eng/articles/article20334.shtml>
- ¹⁶ Siehe: The Moscow Times, 24.12.2008.
- ¹⁷ The Moscow Times, 13.11.2008
- ¹⁸ Ungarn und Russland haben sich über Bau und Betrieb der geplanten Gaspipeline "South Stream" verständigt, obwohl Ungarn gleichzeitig am Nabucco-Projekt beteiligt ist. Gebaut und betrieben werden soll der ungarische Abschnitt der Pipeline von einem russisch-ungarischen Joint Venture, an dem ungarische und russische Konzerne zu je 50% beteiligt sind. Der ungarische Ministerpräsident Gyurcsány, durch dessen Land sowohl *Nabucco* als auch *South Stream* führen werden, spielte mögliche Interessenkonflikte herunter: "*South Stream*" werde keine negativen Auswirkungen auf *Nabucco* haben", betonte er. Siehe dazu: FAZNET 28.2.2008, S.6.
- ¹⁹ Aleksei Miller, Interview mit Kanal 1 des Russischen Fernsehens am 1.11.2008;
<http://www.gazprom.com/eng/articles/article33041.shtml>

Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?

Einführung: die machtpolitische Perspektive Moskaus

Dem Titel dieses Beitrages hat der Autor ein Fragezeichen hinzugefügt. Nicht um die grundsätzliche strategische Ausrichtung der russischen Politik gegenüber Europa in Frage zu stellen, sondern um der Ambivalenz dieser Ausrichtung und ihrer inhaltlichen Ausfüllung Rechnung zu tragen. Denn jenseits der oft beschworenen Wertegemeinschaft, wirtschafts- und energiepolitischen Interdependenz, die eine engere energiepolitische, beziehungsweise eine „Modernisierungspartnerschaft“ Russlands und Europas begründen soll, sowie jenseits der gemeinsamen Interessen an der Regelung internationaler Krisen und Konflikte vom Nahen Osten über Iran und Tschad bis Afghanistan und Nordkorea, ist ein unterschiedliches Verständnis der historischen Schicksalsgemeinschaft von Russland und anderen europäischen Staaten fest zu stellen. In den letzten zehn Jahren ist dieser Unterschied kaum geringer geworden.

Die Betonung des Vorranges der europäischen Ausrichtung der Politik Moskaus sowie des Verständnisses, dass Russland nicht weniger ein europäisches Land ist als alle anderen, ist kein Bekenntnis zu einer „Europäisierung“, oder eher einer EU-Europäisierung Russlands. Russland ist anders als das EU-Europa, egal ob es als ein euroasiatisches oder als ein europäisches Land definiert wird. Für Moskau geht es nicht um eine Entwicklung „zu“, sondern eher um die Regelung eines Neben- und Miteinanders mit dem EU-Europa. Es geht nicht um eine graduelle Integration und Einbindung Russland in den EU-europäischen Wirtschafts- und Rechtsraum oder in eine EU-europäische Wertegemeinschaft, sondern um eine „strategische Partnerschaft“ auf gleicher Augenhöhe, die die pragmatische Wahrnehmung der „nackten Interessen“ durch Partner ermöglicht. Russland soll also nicht im EU-Europa aufgehen. Ein neues Europa kann aus dieser Perspektive allein durch einen Interessenausgleich mit Russland entstehen, der durch eine neue europäische Friedensordnung besiegelt werden soll.

Als ein strategischer Partner will Moskau seinen Anspruch auf die Rolle einer Ordnungsmacht im eigenen Machtbereich bestätigt wissen. Doch die Mehrheit der politischen Klasse Russlands sieht diesen Anspruch durch die graduelle Ausdehnung des „westlichen Machtbereiches“ seit

dem Ende des kalten Krieges in Frage gestellt, sei es durch die Osterweiterung der NATO oder aber durch die der Europäischen Union. Nach der Entlassung Ostmitteleuropas aus dem sowjetisch-russischen Machtbereich sieht Moskau heute den „Westen“ unmittelbar vor seiner Haustür stehen.

Es ist das machtpolitische Denken, das vorwiegend, wenn nicht ausschließlich die vehemente Opposition Moskaus gegen die Osterweiterung der NATO, zunehmend aber auch gegen die der Europäischen Union erklärt. Diese Herausforderung ist weit mehr politischer als sicherheitsbeziehungsweise verteidigungspolitischer Natur. Denn die Osterweiterung der NATO war nicht durch den Ausbau des militärischen Potentials der Allianz, sondern umgekehrt, durch dessen Abbau begleitet. Die politische Opposition gegenüber der Osterweiterung des „westlichen“ Machtbereiches auf Kosten des russischen erklärt auch die Schmerzgrenze, die Moskau zu Beginn dieses Jahrzehnts hinsichtlich der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) der EU formuliert hatte. Diese sollte auf keinen Fall die von Moskau befürworteten Integrationsprojekte in der ehemaligen Sowjetunion beziehungsweise die Rolle Russlands bei der Regelung regionaler Konflikte in der Region in Frage stellen. Von einem eventuellen Beitritt der Nachbarstaaten Russlands zur EU ganz zu schweigen.

Neben der Bereitschaft zur Partnerschaft hat Moskau immer wieder seine eventuellen Partner aus der Sicht bewertet, ob und inwiefern sie eine revisionistische Politik gegenüber den post-sowjetischen Staaten betrieben und den Anspruch Russlands auf eine ordnungspolitische Rolle in diesem Raum herausforderten, beziehungsweise inwiefern sie bereit waren, den Status quo in diesem Raum zu respektieren.

Lange Zeit wurden die USA und die NATO, die (nicht zu Unrecht) in Moskau als die bedeutendsten Herausforderer des Status quo im russischen Machtbereich gesehen. Doch die jüngsten Entwicklungen ließen Moskau auch den potentiellen Wandel der EU-Rolle im post-sowjetischen Raum anders bewerten. Vier Entwicklungen sind für den graduellen Wandel der Wahrnehmung der EU in Russland ausschlaggebend:

- Seit dem Georgien-Krieg vom August 2008 ist die EU zum ersten Mal direkt, wenn auch zögerlich, in die Krisenregelung im post-sowjetischen Raum eingestiegen, mit für Moskau noch unabsehbaren Konsequenzen;
- Die wiederholte, aber auch schwerste, Gaskrise zwischen Russland und der Ukraine konnte im Winter 2009 nicht mehr ohne die EU-Vermittlung überwunden werden; dabei appellierten beide Konfliktparteien an Brüssel;
- Die graduelle Normalisierung des Verhältnisses der EU mit Belarus, die dem „letzten Diktator“ Europas einen größeren Freiraum für eine teilweise Emanzipation von Moskau schafft.
- Das Angebot einer engeren Integration der osteuropäischen und südkaukasischen ENP-Staaten mit der EU durch die Umsetzung einer östlichen Partnerschaft, wenn auch ohne Beitrittsperspektive, wird in Moskau immer ernsthafter als eine potentielle Herausforderung des Status quo wahrgenommen.

Der aktivere Einsatz der Türkei für eine Friedensordnung im Südkaukasus nach dem August-Krieg, aber auch die Perspektive eines Neuanfangs im Verhältnis zwischen Russland und den USA nach dem Machtwechsel in Washington wird in Moskau weitgehend unter dem Gesichtspunkt der Anerkennung der „privilegierten Beziehungen“ Russlands mit seinen Nachbarstaaten bewertet. Dies in erster Linie durch den – von Moskau erhofften –

Verzicht der USA einerseits auf die Erweiterung der NATO um die Ukraine und Georgien, sowie auf die Stationierung der Raketenabwehrsysteme in Polen und in der Tschechischen Republik, andererseits auch durch die Betonung der gleichen Augenhöhe mit den USA in rüstungskontrollpolitischen Verträgen. Dieser Ansatz gilt auch für die Erwartung, dass Washington sich von Moskau in der Debatte über eine neue europäische Friedensordnung engagieren lassen wird, die anders definiert werden soll, als eine Ausdehnung des NATO- und/oder des EU-Europas.

Dieser Beitrag diskutiert Konsequenzen des Georgien-Krieges, des Gaststreites mit der Ukraine, des Machtwechsels in Washington, der Aktivierung der Politik der Türkei im Südkaukasus, sowie die eventuellen Konsequenzen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise für die Europa-Politik Russlands. Dabei soll betont werden, dass die nun vollzogene Rückkehr der EU und der NATO zum Tagesgeschäft mit Moskau, die sich in der Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen Russland und der EU sowie in der jüngsten Wiederaufnahme der Arbeit des Russland-NATO-Rates manifestiert hat, nicht darüber hinweg täuschen soll, dass sich praktisch alle erwähnten jüngsten Entwicklungen kurz- beziehungsweise mittelfristig eher als störend denn förderlich auf das Verhältnis zwischen Russland und EU-Europa auswirken werden.

1. Die zunehmende Wahrnehmung der EU als ein eventueller Akteur im postsowjetischen Raum, der den Status quo im von Russland beanspruchten Machtbereich unter bestimmten Bedingungen herausfordern kann

Lange Zeit wurde die Europäische Union von Moskau kaum als ein erst zu nehmender Akteur im postsowjetischen Raum wahrgenommen. Mit Beginn der Debatte über das Konzept des „Wider Europe“, die 2004 in die Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik mündete, beschränkte man sich darauf, die aus Moskauer Perspektive relevanten Kriterien für das Engagement der Europäischen Union in der gemeinsamen Nachbarschaft mit Russland deutlich zu machen. Die Zusammenarbeit der EU mit den neuen Nachbarstaaten im Osten sollte Integrationsbemühungen Moskaus nicht unterlaufen. Die EU sollte auch die in den 1990er Jahren entstandenen Gremien zur politischen Regelung innerstaatlicher Konflikte in Georgien und Moldavien sowie das faktische Monopol Russlands auf die Friedenerhaltung in beiden Staaten nicht in Frage stellen.

Die Intervention der Europäischen Union zum Schlichten des Streites um den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im Herbst 2004 war in Moskau alles andere als willkommen. Denn letztendlich glaubte man, dass durch diese Intervention dem von Moskau favorisierten Präsidentschaftskandidaten der Sieg gestohlen wurde. Doch wurde dieser Einsatz weniger der Union als dem polnischen und dem litauischen Präsidenten Kwasniewski und Adamkus nachgetragen, was auch Konsequenzen im bilateralen Verhältnis Russlands mit beiden Staaten hatte.

Sonst glaubte man, dass die EU kaum zu einem ausschlaggebenden Akteur in der Region wird, es sei denn, sie eröffnet den ehemaligen Republiken der Sowjetunion eine Beitrittsperspektive. Auch die im ENP-Konzept implizierte aktivere Rolle der EU bei der Regelung der „eingefrorenen“ Konflikte im Kaukasus und in Moldavien führte

nicht zu einem direkten Engagement der Union an Russland vorbei. Zwar stärkte die Europäische Union in Kooperation mit der Ukraine teilweise ihr Profil in der Bearbeitung des Konfliktes in Moldavien, im Kaukasus beschränkte sich die EU hingegen auf eine begleitende Rolle.

Die Europäische Union wurde erst durch den Georgien-Krieg 2008, aber auch durch den russisch-ukrainischen Gasstreit Anfang 2009 zu einem relevanten Akteur, dessen Engagement sehr ambivalent in Russland gewertet wird. Zum einen wurde die EU in Georgien zu einem wichtigen Partner für Russland, dessen Engagement maßgeblich zur Beendigung des Krieges und zur Vereinbarung eines neuen politischen Rahmens für die weitere Bearbeitung des Konfliktes beigetragen hatte. Im Gasstreit mit der Ukraine suchten beide Parteien das Engagement der EU und hießen es willkommen, sobald Brüssel sich zögerlich darauf eingelassen hatte.

Zum anderen aber wurde das Engagement der Europäischen Union erst nötig und möglich, weil Russland sich in beiden Fällen unfähig erwies, eine vertragliche (im Falle Georgiens auch eine friedliche) Konfliktlösung herbeizuführen. So widerspiegelte das Einsteigen der EU in die Regelung der beiden Fälle den schwindenden Einfluss Russlands auf seine Nachbarn und somit die Brüchigkeit des Anspruches Moskaus auf eine ordnungspolitische Rolle in seiner unmittelbaren Nachbarschaft.

Insbesondere im Falle Georgiens resultierte die Krise in einer Veränderung des Status quo, die keinesfalls von Moskau begrüßt werden konnte. Moskau büßte nicht nur seinen früheren Anspruch auf die Rolle des federführenden Schlichters und die einzige friedenserhaltende Macht in den Konflikten Georgiens mit seinen beiden abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien ein. Es muss inzwischen auch damit leben lernen, dass diese Rolle, wenn auch zögerlich, von der Europäischen Union übernommen wird.

Abgesehen von der Ambivalenz des EU-Einsatzes in Georgien, der beinahe wider Willen der Union zustande gekommen ist, hätte man es der Europäischen Union auch keinesfalls zugetraut, dass sie in wenigen Wochen die EUMM (EU Monitoring Mission in Georgia) in der vereinbarten Stärke aufstellen konnte. Zwar hat Moskau das Einsatzgebiet der EUMM auf das Kernland Georgiens beschränken können, aber es hat im Unterschied zur OSZE-Mission kein Mitspracherecht bei der Definition ihres Mandats und ihrer Aktivitäten.

Vor noch einem Jahr wären diese Veränderungen in Russland als unzumutbar bezeichnet worden. Jetzt muss Moskau nicht nur damit leben, sondern auch mit den noch unabsehbaren Folgen dieser Entwicklung. Somit nimmt Russland die Europäische Union ernsthafter als einen Akteur in Georgien. Es sei denn, es gelingt Moskau, die EUMM ähnlich wie die UNOMIG und die OSZE-Mission in die politische Irrelevanz zu zwingen.

2. Das Ende der Ära Bush

Das verstärkte Engagement der Europäischen Union in Georgien wurde auch nötig und möglich, weil die amerikanische Politik zur Zeit der Krise durch die Wahlen gelähmt, aber auch durch den Einsatz in anderen Teilen der Welt überfordert war.

Das Interesse Russlands, Washington stärker in anderen Fragen der Weltpolitik zu engagieren sowie sich engagieren zu lassen ging deutlich nach dem letzten Putin-Bush-Treffen in der süd-russischen Stadt Sotschi Anfang April 2008 zurück. Bei dem Treffen konnte man die Kontroverse über die NATO-Erweiterung um die Ukraine beziehungsweise Georgien, über die offenen rüstungskontrollpolitischen Fragen sowie über die amerikanische Raketenabwehr in Europa nicht überwinden. So entschied sich Moskau für eine Pause im Dialog mit den USA in der Erwartung, dass die ausstehenden Probleme nach den Wahlen leichter im russischen Sinn mit der neuen amerikanischen Regierung einer Lösung

zugeführt werden können. Es ist auch früher oft vorgekommen, dass Moskau immer wieder bereit war, eine Pause im Dialog mit den USA durch ein verstärktes Engagement seiner europäischen Partner zu füllen. Mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Frankreich im Juli 2008 lag diese Option für Moskau auf der Hand.

Nun wurde aber die schwerpunktmäßige Zuwendung zum EU-Europa in der russischen Politik immer wieder durch ein erneutes Engagement mit den USA relativiert, wenn nicht verdrängt. Und zwar aus mindestens zwei ausschlaggebenden Gründen.

Zum einen bleiben die USA weiterhin die wichtigste revisionistische Macht, unter anderem auch im postsowjetischen Raum. So werden sie in Moskau wahrgenommen. Egal, ob das Verhältnis Russlands mit den USA denkbar gut oder denkbar schlecht ist, behält die amerikanische Politik ihre zentrale Rolle für Russland.

Zum anderen musste Moskau immer wieder lernen, dass eine Verständigung mit der Europäischen Union allein nicht ausreicht, um eine Lösung herbeizuführen, wenn sie nicht durch die USA akzeptiert ist. So konnte auch das erste, am 12. August 2008 vereinbarte Sechs-Punkte-Abkommen zur Beendigung des Georgien-Krieges zwischen dem EU-Ratspräsidenten Sarkozy und dem russischen Präsidenten Medwedew nicht einer Resolution des Weltsicherheitsrates zu Grunde gelegt werden, weil es in Washington als

mangelhaft empfunden wurde, da es die territoriale Integrität Georgiens nicht mehr explizit voraussetzen würde. Eine dauerhafte Regelung an den USA vorbei gibt es nicht.

Das Ende der Ära Bush in der amerikanischen Politik und der Versuch eines Neuanfangs im russisch-amerikanischen Verhältnis unter Medwedew und Obama werden daher die jüngste Aufwertung des Russland-EU-Verhältnisses beinahe zwangsweise relativieren.

3. Der Aktivismus der Türkei

Die Aktivitätssteigerung der Politik der Türkei vor dem Hintergrund des Georgien-Krieges mit dem Vorschlag, eine Plattform für den friedenspolitischen Dialog der Staaten im Südkaukasus, Russland und die Türkei mit eingeschlossen, kam nicht ganz überraschend. Denn die Initiative war noch vor dem Krieg formuliert worden. Ankara nutzte aber die Gunst der Stunde, um eine wohlwollende Position der Staatsführung Russlands sicher zu stellen und den Vorschlag verstärkt in den Vordergrund zu rücken.

Moskau hat die Initiative grundsätzlich begrüßt. Es bleibt aber offen, ob es das nicht halbherzig gemacht hat, nicht zuletzt aus der Überlegung, dass es ohnehin beinahe unmöglich war, Moskau und Georgien gleich nach dem Krieg an einen Tisch zu bringen. Zu einem späteren Zeitpunkt dagegen war die türkische Initiative weitgehend durch den neuen internationalen Rahmen der Genfer Gespräche ohne Beteiligung der Türkei überlagert.

In der Tat hat das Angebot Ankaras eine Debatte und viele Bedenken in der russischen politischen Elite ausgelöst, auch wenn diese von der offiziellen Politik nicht explizit nachvollzogen wurden. Moskau hätte zwei Hauptbedenken gegen die Einsetzung einer neuen regionalen Plattform unter der Beteiligung der Türkei:

Zum einen baute die Kaukasus-Politik Moskaus seit Mitte der 1990er Jahre auf der Formel eines „kaukasischen Quartetts“ auf. Vier kaukasische Staaten – Russland, Armenien, Aserbaidschan und Georgien sollten in einem regionalen Rahmen ihre Probleme lösen und die Zusammenarbeit vertiefen, ohne dass Drittstaaten an diesem Prozess beteiligt wären. Die Türkei war absichtlich aus dieser Formel ausgeschlossen, die die führende ordnungspolitische Rolle Russlands im Südkaukasus institutionalisieren helfen sollte.

Das Kaukasische Quartett war nie eine erfolgreiche Institution. Nach einem ersten Treffen der vier Präsidenten in der russischen nordkaukasischen Stadt Kislowodsk am 3. Juni 1996, das eine gemeinsame Erklärung „Für die Völkerverständigung, Frieden, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Kaukasus“ verabschiedet hatte, kam es in den Jahren 2000, 2001 und 2003 wiederholt zu Gipfeltreffen der vier Staaten. Im November 2001 ließ man sogar die Parlamentspräsidenten in diesem Format zusammenkommen. Doch das Quartett ließ sich nie richtig institutionalisieren und verstärken. Und zwar nicht allein wegen des Konfliktes zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach, sondern auch wegen des gespannten Verhältnisses zwischen Moskau und Tiflis. Nach der Eskalation des Konfliktes zwischen Georgien und Russland unter dem Präsidenten Saakaschwili war die Fortführung des Quartetts schon vor dem Krieg von 2008 in weite Ferne gerückt.

Nach dem Krieg erscheint die Wiederaufnahme der Vierparteiengespräche, dazu noch auf der Gipfebene, ohne die Regelung der Kriegskonsequenzen erst recht illusorisch. Doch die Umsetzung der Initiative der Türkei würde aus der Moskauer Perspektive eine noch schwierigere Konsequenz haben, nämlich eine „Rückkehr“ der Türkei in den Südkaukasus, nachdem Moskau fast zwei Jahrzehnte lang gerade das Gegenteil angestrebt hatte.

Zum Zweiten verspricht man sich in Moskau von einer Annäherung zwischen der Türkei und Armenien, die als eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der türkischen Initiative gilt, nichts Gutes. Denn diese Entwicklung würde nur den seit einigen Jahren explizit gewordenen Entwicklungstrend in der Politik Armeniens „weg von der einseitigen Abstützung auf Russland“ voraussetzen. Sollte die Achse zwischen Moskau und

Eriwan weiter geschwächt, geschweige denn gebrochen werden, würde Russland einen strategischen Vorposten im Südkaukasus verlieren.

So kann auch die Initiative der Türkei unabsehbare Konsequenzen für die Politik Russlands im

Südkaukasus haben. Der Nutzen ihrer Umsetzung ist für Russland somit mehr als zweifelhaft. Moskau fand es aber schwer, gerade auf dem Höhepunkt der militärischen Auseinandersetzungen mit Georgien den Vorschlag von Ankara schlichtweg auszuschlagen.

4. Die Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die jüngsten Entwicklungen und Lageveränderungen im Südkaukasus, im russisch-ukrainischen sowie im russisch-amerikanischen Verhältnis wurden überlagert durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die nicht nur alle im regionalen Kontext relevanten Akteure getroffen, sondern auch eine starke Dynamik hin zur engeren Kooperation zum Zwecke der gemeinsamen Krisenbewältigung ausgelöst hat.

Nicht nur der Zwang zur engeren Kooperation, sondern auch die Tatsache, dass die Krise die tiefe strukturelle Schwäche Russlands offen gelegt hat, ließ die Erwartung entstehen, dass sie auch das in den Jahren der boomenden Ölpreise entstandene großmachtpolitische Selbstbewusstsein Russlands relativieren sollte. Dies sollte, so die Erwartung, den machtpolitischen Ansatz der russischen Politik schwächen und die Offenheit zur Kooperation mit dem Westen fördern.

Dies mag in der Tat so kommen. Doch ist dieser Trend in der praktischen russischen Politik nicht bemerkbar. Umgekehrt scheint man in Moskau besonderen Wert darauf zu legen, jeglichen Anschein der Schwäche und unnötige Kompromissbereitschaft gegenüber dem Westen zu vermeiden.

In der Tat, das großmachtpolitische Selbstbewusstsein und der machtpolitische Anspruch Russlands beruhte in den letzten Jahren nicht allein auf dem steigenden Umfang der Energie-Rente, die dem Staat zur Verfügung stand, sondern auch auf der Tatsache, dass Moskau den Großteil seiner Schulden aus den letzten Jahren der Sowjetunion und aus den 1990er Jahren zurückgezahlt hatte, und dass der russische Staat keine neuen politischen Schulden machen musste.

In der gegenwärtigen Krise fühlt sich Moskau nicht nur vorwiegend auf eigene Ressourcen angewiesen, sondern geht von der Hoffnung aus, dass es die krisenhafte Entwicklung durch den Rückgriff auf die in den letzten Jahren angehäuften Reserven überleben kann. Zwar wird diese Erwartung von mehreren finanz- und wirtschaftspolitischen Experten hinterfragt, es bleibt diese Erwartung aber eine wichtige Stütze der Selbstwahrnehmung der russischen politischen Elite als einer souveränen Großmacht, die auf nichts anderes als auf ihre eigenen nationalen Interessen Rücksicht nehmen muss. Es ist kaum zu erwarten, dass diese Selbstwahrnehmung schnell schwindet, es sei denn, Moskau sieht sich wieder gezwungen, politische Kredite im westlichen Ausland zu suchen.

Fazit

Die dynamischen Entwicklungen seit dem Georgien-Krieg vom August 2008 haben bedeutende Veränderungen im unmittelbaren Umfeld Russlands herbei geführt, deren Dimension und noch unübersichtlichen Folgen und Konsequenzen weder in Moskau noch in der EU voll erfasst und nachvollzogen sind. Es ist aber absehbar, dass diese Veränderungen auch eine Korrektur, wenn nicht Revision, ihrer früheren Politik erforderlich machen, beziehungsweise erforderlich machen werden.

Moskau musste im Georgien-Krieg von 2008, aber auch im Gasstreit mit der Ukraine zu Beginn 2009, eine schwierige Erfahrung machen, dass sein Einfluss im angenommenen *eigenen Machtbereich* Grenzen hat, egal ob diese durch die Nachbarstaaten selbst oder durch die

internationale Staatengemeinschaft, nicht zuletzt durch die Reaktionen der EU gesetzt werden.

Moskau musste nicht nur lernen, dass es durch den Georgien-Krieg endgültig die Instrumente verloren hat, die ihm eine hervorgehobene Stellung bei der Regelung der Konflikte Georgiens mit den abtrünnigen Provinzen gesichert hatten. Es muss inzwischen nicht allein die USA, sondern auch die Europäische Union als einen relevanten Akteur im angenommenen Machtbereich Russlands ernsthafter nehmen. Moskau mag noch nicht genau wissen, wie ernst es die weiterhin zögerliche EU nehmen muss. Es wird sicherlich den eventuellen Einfluss der Europäischen Union minimieren wollen. Seit Ende 2008 wird aber die EU auf dem Radarschirm Moskaus als ein eventueller Akteur in der

gemeinsamen Nachbarschaft bleiben, der nicht unbedingt nur als Partner, sondern manchmal auch als eine Herausforderung agieren kann.

Mit dem Versuch eines Neuanfangs in den Beziehungen Moskaus mit der neuen US-Regierung wird die Betonung der Europäischen Union in der Behandlung der Probleme im russischen Machtbereich wieder relativiert. Das Verhältnis mit den USA soll in diesem Kontext seine zentrale Rolle in der russischen Politik zurück gewinnen.

Die Erwartung einer Neuauflage des Konkurrenzverhältnisses mit der Türkei im Südkaukasus

ist eine wahrscheinliche Konsequenz des Vorstoßes von Ankara mit der Initiative, eine neue regionale kooperative Plattform ins Leben zu rufen.

Die gegenwärtige finanz- und wirtschaftspolitische Krise mag durchaus zur Konsequenz haben, dass der real- und machtpolitische Ansatz in der russischen Politik weniger ausgeprägt zum Tragen kommt. Dies ist aber auf keinen Fall eine kurzfristig wahrscheinliche Option, jedenfalls solange nicht, solange Moskau in der Bewältigung der Krise sich auf eigene Reserven stützen kann und keine politischen Kredite im Westen suchen muss.

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

Erich Reiter: Vorschläge zur Neuordnung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

Wilhelm Brauner: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ

Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP

Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

DIE ZUKUNFT EUROPAS

Franco Algieri: Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Herbert Scheibner: Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

STEUERPOLITIK

Ernst Gehmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung

Oliver Ginthör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

KAMPF DER KULTUREN?

EUROPA UND DER ISLAM

Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße

Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf

KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

Herbert Scheibner: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Astrid v. Friesen: Kinder und Gewalt. Opfer und Täter

HEFT 17 (2006)

BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH

Manfried Welan: Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Wege aus dem alten Österreich:

Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

Walter M. Iber, Erich Reiter: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

Alfred Gerstl: Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

Walter M. Iber: Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter: Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT

Erich Reiter: Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Manfried Welan: Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

Urs Schöttli: Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

Andreas Unterberger: Bürgerlich: Was ist das?

Gunther Tichy: Die neue Unsicherheit

Ernst Gehmacher: Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

Wolfgang Neumann: Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

Jörg Schütze: Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen
Werner Pleschberger: Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

DER LANGSAME WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

Lothar Rühl: Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

Reinhardt Rummel: Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

Erich Reiter: Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

Heinz Gärtner: Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?

Günter Hochauer: Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Erich Eder: Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

Helge Lerider: Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)

DIE GENERATIONENFRAGE AUS LIBERALER PERSPEKTIVE

Wolfgang Mazal: Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

Urs Schoettli: Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

Werner Pleschberger: Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

Thomas Neumann: Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

Schwerpunkt: FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP

Franz Fiedler: Föderalismus als Gestaltungsprinzip

Peter Bußjäger: Streiflichter zum österreichischen Föderalismus

Gerhart Wielinger: Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten

Günter Voith: Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

Martin Malek: *Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus.* Geopolitik, „frozen conflicts“ und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

Schwerpunkt: GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken.

Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien

Michael Stormann: Genmedizin in Europa

Clemens Leitgeb: Genmedizin in der Onkologie

Wolfgang Schallenberg: „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

Iris Kempe: Die europäisch-russischen Beziehungen und die *Russlandpolitik der EU*

HEFT 23 (2007)

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.

Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29.

September 2006. Liberale Politik in Österreich.

Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

Erich Reiter: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE

Erich Reiter: Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffenergie und Atomenergie

Helmut Stubner: CO₂-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

Volkmar Lauber: Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

Stefan Pickl: Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen

Dieter Drexel: Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls

Erich Gornik: Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

Schwerpunkt: ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT

Erhard Busek: Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

Heinz Gärtner: Eine moderne Neutralität ist flexibel

Erich Reiter: Neutralität als österreichische Ideologie

Gottlieb F. Hoepli: Neutralität in der Schweiz

Peter W. Schulze: Elf Thesen *zur russischen Innen- und Außenpolitik* am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

Günther Ofner: Die *EU als Energiemanager*

HEFT 26 (2008)

Schwerpunkt:

ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU

Urs Schoettli: Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

Gustav C. Gressel: „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

Franco Algeri: Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

Eugene Kogan: Die Beziehungen *Israels* zur *NATO*

HEFT 27 (2008)

Schwerpunkt:

GEORGIEKONFLIKT

Gustav C. Gressel: Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008

Aschot Manutscharjan: Georgien suchte Krieg mit Russland

Eugene Kogan: The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

Peter Schmidt: Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts

Gerhard Will: Permanenter Ausnahmezustand

Birmas leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

Gudrun Harrer: Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel *Irak* und die US-amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik

HEFT 28 (2009)

Schwerpunkt:

Hat die Marktwirtschaft Zukunft?

Gerald Schöpfer: Ist die freie Marktwirtschaft zum Untergang verurteilt?

Erhard Fürst: Ursachen der Finanz- und

Wirtschaftskrise: Marktversagen? Staatsversagen?

Helmut Kern: Hat die Marktwirtschaft noch Zukunft? –

Staatliche Regulierung löst die Probleme nicht

Bernhard Martin: Entwicklungschancen für Politischen Liberalismus in Österreich in Folge der weltweiten Finanzkrise. Eine makrosoziologische Diagnose

Rainer E. Schütz: Hat die Marktwirtschaft eine Zukunft?

Walter Schragel: Schadenersatz für behindertes Kind?

Henriette Riegler: Der Staat Kosovo – wirklich ein Projekt Europäischer Sicherheit?

HEFT 29 (2009)

Ostasien – Geostrategischer Schwerpunkt der Welt

Urs Schöttli: Brennpunkte in Ostasien – Sicherheitspolitische Herausforderungen

Gudrun Wacker: Auf der Suche nach Harmonie:

China als regionaler und globaler Akteur

Rudolf Logothetti: Die Rolle der USA in Ostasien – eine europäische Sicht

Eugene Kogan: The Russian-Chinese Disconnect in the Defence Industry Field

Sebastian Harnisch: The Korean Conundrum: Moderating Expectations and Containing Nuclear Extortion

Urs Schöttli: Japans Rolle in Ostasien und in der Welt

Yuan-hsiung Chen: The Security Situation of the Republic of China

Chong-pin Lin: Melting the Ice: Beijing's Emerging Taiwan Policy

Bill Keh-ming Chen: The Role and Influence of the United States in East Asia

Gustav C. Gressel: Anmerkungen zu den politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Taiwan

Bücher

Johann Frank

Perspektiven der europäischen militärischen Integration

– Entwicklungsszenarien und Konsequenzen für Österreich –

Verlag: Ing. Harald Kurz 95 Seiten ISBN 978-3-9501854-9-2

Schriftenreihe zur internationalen Politik

Band 1

Erich Reiter (Hg.)

Die Sezessionskonflikte in Georgien

mit Beiträgen von:

Klaus Becher – Gustav C. Gressel – Egbert Jahn – Jörg Himmelreich

Iris Kempe – Eugene Kogan – Aschot Manutscharjan – Jürgen Schmidt

Peter Schmidt – Peter W. Schulze – Andrei Zagorski

Verlag: böhlaus 330 Seiten ISBN 978-3-205-78325-1

Band 2

Erich Reiter (Hg.)

Der Krieg um Bergkarabach – Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasusregion

mit Beiträgen von:

Meliha Benli Altunisik – Aser Babajew – Uwe Halbach – Egbert Jahn –

Eugene Kogan – Helge Lerider – Aschot Manutscharjan – Erich Reiter –

Peter W. Schulze – Oktay F. Tanrısever – Andrei Zagorski

Verlag: böhlaus 280 Seiten ISBN 978-3-205-78404-3

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

Reihe Studien

Klaus Becher	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
Peter W. Schulze	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum. Russland als Energiemacht	Oktober 2007
Heinz Gärtner	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
Klaus Becher	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
Andrei Zagorski	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
Egbert Jahn	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung Auswertung und Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
Erich Reiter	Bewältigung sozialer Probleme und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Details einer Studie über „politische Denkmuster“ der Österreicher	Jänner 2008
Erich Reiter	Meinungsfreiheit – Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
Peter W. Schulze	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
Oliver Ginhör Martin Haselberger Sandra Schreiblehner	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
Stefan Pickl	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	April 2008
Eugene Kogan	Sicherheitspolitik im Nahen Osten Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
Urs Schöttli	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
Hannes Adomeit Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ <i>Drei Studien</i>	Oktober 2008
Eugene Kogan	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008
Gudrun Harrer	Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	Jänner 2009
Uwe Halbach Peter W. Schulze Andrei Zagorski Eugene Kogan	Machtpoker am Kaukasus Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008 <i>Vier Studien</i>	Februar 2009
Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russische und europäische Energiepolitik im Zeichen der globalen Krise Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?	Mai 2009

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationalen Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich.
Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.
Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

www.iilp.at

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Österreichische Post AG /
Sponsoring Post
Verlagspostamt 1010 Wien
GZ: 06Z037014 S

ISBN 978-3-902595-29-4

----- IILP -----

Internationales Institut für Liberale Politik Wien
SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, 8665 Langenwang, Bahnhofstraße 3